

ALTERNATIVEN

Zeitschrift für eine ökologische, solidarische, basisdemokratische, gewaltfreie Gesellschaft

H 51542

Nummer 62

Herbst 2007

Eine außergewöhnliche Münze rollt in die Welt



Die Münze Nuria

Märchenroman für Menschen von 8 bis 108 Jahren

Als jüngste Enkelin von Silvio Gesell hat Sylvia Führer einen Märchenroman geschrieben, der das Thema „Geld“ leichtfüßig und unterhaltsam an junge und jung gebliebene Menschen heranträgt. Hauptperson des Buches ist eine personifizierte Münze namens „Nuria“. Ihr sehnlichster Wunsch ist es, stets in Umlauf zu bleiben, und so manch ein Abenteuer hat sie in der Geschichte zu bestehen, um diese Absicht dauerhaft verwirklichen zu können. Als Nuria plötzlich in einem Computer gefangen ist, setzt sie weitreichende Impulse: Sie kommt in Kontakt mit großen Summen Geld, die um den Globus schwirren, und gemeinsam mit ihnen ersinnt sie eine wesentliche Änderung ...

Aus Kapitel 10: „Nuria wird zu etwas ganz Besonderem“

In ihrem Traum lag Nuria versteckt zwischen duftenden Broten im mittleren Regal einer Bäckerei. Sie träumte, dass ein kleines schwarzes Mädchen, leicht bekleidet hineinkam und hinauf zu den Broten schaute. Das Kind sah sehr hungrig aus. Es bat: „Ich brauche ein Brot für meine Mutter, die ein Baby erwartet, und für meinen Bruder!“ „Wo hast du das Geld?“, fragte die Bäckerfrau an der Theke. „Ich habe kein Geld“, sagte das Mädchen leise. In diesem Moment dröhnte aus einem langsam vorbeifahrenden Luxusauto furchtbar laute Musik mit den abgrundtief gesungenen Worten: „Geld – Geld – Geld, ich will immer mehr Geld“. Das Mädchen rief der Bäckerfrau ganz laut zu, um die Musik zu übertönen: „Ich habe kein Geld!!“ Nuria schrie auf: „WARTE!! ICH KOMME ZU DIR! ICH WILL BEI DIR SEIN! ICH WILL DEIN GELD SEIN!“, und sie funkelte heftig, damit sie zwischen den Broten zu sehen war. (S. 78)



Illustrationen: Fabienne Rieger

Josef Gottschlich, Grundschullehrer und Kinderliteratur-Experte, sprach mit der Autorin über ihr Buch.

Josef Gottschlich: Welches Verständnis haben Kinder für „Wirtschaft“ und „Geld“ – einmal abgesehen davon, dass es für ihr aktuelles Leben von Bedeutung ist, wie viel Taschengeld sie erhalten?

Sylvia Führer: Wenn Kinder im Grundschulalter etwas über ökonomische Zusammenhänge verstehen lernen, dann sind es nicht abstrakte Theorien, die ihnen dazu verhelfen, sondern das *Einfühlen* in die Zusammenarbeit der Menschen und in die Funktion des Geldes. Fragt man Kinder, wozu das Geld da sei, hört man Antworten wie: „Es sorgt dafür, dass die Menschen alles kaufen und verkaufen können.“

JG: Ich nehme an, dass die Kinder sich dabei auf ganz konkrete Werte beziehen: ein Buch, einen Haarschnitt, ein Auto.

SF: Ja! Die Vorstellung, dass Geld ein reines Tauschmittel sei, entspricht der kindlichen Logik; sie scheint dem Menschen angeboren zu sein. Sie passt auch zur praktischen Erfahrung der Kinder, da sie untereinander ständig Dinge tauschen. Geld hingegen nur aufgrund von vorhandenem Geld zu vermehren, erscheint den Kindern als Zauberei und



ist für sie mit einem Gefühl des Unwirklichen verbunden. Auch ist die Forderung nach Gerechtigkeit tief im kindlichen Herzen verankert: sie erwarten, dass die Erwachsenen sie alle gleich behandeln. Daraus ergibt sich, dass leistungslose Geldvermehrung und Spekulation sehr weit entfernt von dem liegen, was sich Kinder für das Wirtschaften vorstellen und wünschen – sofern ihnen klar ist, dass das Geld, das manche im Überschuss bekommen, anderen zwangsläufig fehlen muss. Insofern sind es nicht wir Erwachsenen – z. B. ich als Autorin –, die den Kindern die Humanwirtschaft / Fairconomy vermitteln können, sondern im Grunde legen die Kinder sie uns Erwachsenen nahe!



JG: Kannst du das näher erläutern?

SF: „Die Münze Nuria“ vermag nur auszudrücken – und für die Kinder in einer künstlerischen Form erlebbar zu machen –, was sie von sich aus empfinden. Beim Schreiben

des Buches habe ich mich u. a. durch Gedanken heutiger Kinder inspirieren lassen, sodass „Nuria“ tatsächlich auch viele Botschaften der Kinder an die Erwachsenenwelt beinhaltet. Da die vorlesenden Erwachsenen in allen beruflichen Positionen tätig sind, erreicht das Gedankengut des „fließenden Geldes“ mit diesem Buch völlig neue Zielgruppen.

„Nuria“ verbindet die Generationen miteinander – das ist für mich von wesentlicher Bedeutung. Denn glauben wir wirklich, dass der Konkurrenzkampf in der heutigen globalisierten Welt die einzige Realität darstellt? Ist nicht der kindliche Kooperationsgeist genauso „real“? Könnte es nicht sein, dass wir hierin die entscheidenden Impulse für unsere Zukunftsgestaltung finden?

JG: Interessant finde ich, dass du eine Münze zur Hauptperson gewählt hast.

SF: Das hat folgenden Grund: Als Enkelin von Silvio Gesell ist es mir ein Ziel, dass die Kinder die Welt einer gerechten, kooperativen Wirtschaftsform, die ihrem Wesen voll entspricht, emotional zu schätzen lernen. Genauso wichtig ist es mir aber, dass sie sich – in ihrer heutigen Gestalt als Grundschulkind – nicht für die Lösung der aktuellen Wirtschaftsproblematik zuständig fühlen. Das würde sie schlichtweg überfordern. Deshalb dürfen sich die Kinder in eine Münze als Hauptperson einfühlen – so bleibt die nötige Distanz zu ihrem gegenwärtigen eigenen Leben erhalten.

JG: Welche Art von Persönchen ist denn Nuria – und was erlebt sie genau?

SF: Nuria ist eine kleine, sympathische, quicklebendige 1-Euro-Münzen-Person. Sie durchlebt sogar eine „Kindheit“ in einer „Münzen-Schule“! Ihr dortiger Lehrer, Herr Goldmund, bringt den Münzen-Kindern wichtige Dinge wie Rollen, Sprechen, Lesen und Rechnen bei. Auch lässt er durchblicken, dass das Münzen-Leben manchmal recht frustrierend sein kann – nämlich immer dann, wenn Menschen Tricks anwenden, um anderen Geld wegzunehmen.

Voller Spannung tritt Nuria in ihr Berufsleben. Sie erlebt, wie es sich anfühlt, in einem „Sparpfad“ zu warten, und wie es in einer Bank zugeht. Auch ist sie Zeugin davon, wie Menschen durch Glücksspiele in die Verzweiflung getrieben werden. Später wird Nuria als Schmuck eingefasst und an ein kleines Mädchen verschenkt, für die sie zu einer richtigen Freundin wird, von der sie sich nicht mehr trennen möchte.

Durch eine Verwicklung von Umständen kullert Nuria über das CD-Rom-Laufwerk in einen Computer hinein und erfährt dort aufregende Dinge: Es wirkt in den Geldströmen offensichtlich ein rätselhafter „Sog“, aufgrund dessen dort, wo schon sehr viel Geld ist, immer mehr hinkommt ... Richtig glücklich ist aber das große Geld, das um den Globus saust, mit seiner massiven Zusammenballung nicht. Ja, auch dieses Geld hat in meinem Buch Empfindungen, denn es ist personifiziert in Form von „virtuellen Scheinen“ mit Namen wie Jumbo, Mega und Grando.

JG: Das ist ja spannend! Wie sieht das denn im Buch konkret aus?

SF: Ich lese Seite 92f vor:

Jumbo rief: „Es kommt einem vor wie ein riesiger Magnet, und du selbst bist das Eisen. Wenn man sich einfach treiben lässt, landet man mit Sicherheit dort. Der Weg zu dem Konto ist ein schnelles Sausen – wie in einer ganz langen und steilen Rutschbahn!“

Grando fügt hinzu: „Ich fühle mich dabei wie in einem Rennauto. Ich will dann auf das Konto und sonst gar nichts!“

Mega rollte sich leicht zusammen und sagte in traurigem Ton: „Das ist ja das Schlimme. Man will unbedingt auf das Konto. Aber sobald man da ist, wird es einem einfach langweilig ...“

Nuria blinkte in ihrem hellsten Glanz: „Kann ich mir vorstellen! Und ... habt ihr eigentlich schon einmal darüber nach-

gedacht, was es für die Menschen bedeutet, wenn ihr immer dort hinsaut, wo schon viel Geld ist?"

Grando fragte: „Für die Menschen? Wieso denn das?"

„Ja, für die Menschen“, antwortete Nuria. „Für die Menschen bedeutet euer Sausen, dass diejenigen, die schon viel Geld haben, immer mehr bekommen. Diese Menschen haben dann eine enorme Verantwortung, ihr Geld sinnvoll einzusetzen. Das kann zu schwer werden für einzelne Leute. Außerdem bringt es mit sich, dass es andere Menschen gibt, für die kaum etwas übrig bleibt.“

Auf einmal zog sich Jumbo zu einer Kugel zusammen.

„Hab keine Angst“, erklärte Grando. „Das macht Jumbo immer, wenn er nachdenkt.

Wir virtuellen Scheine können unsere Form beliebig wandeln ...“

Jumbo streckte sich ruckartig aus und rief: „Auf den Gedanken wäre ich gar nicht gekommen! Klar! Viele Menschen haben dadurch fast gar kein Geld. Gut, dass du das gesagt hast.“ (Seite 92f)

Nuria und die virtuellen Scheine sehnen sich nach einer richtig schönen, viel besseren Spielregel, durch die das Geld sich gerechter verteilt, so dass sie alle immer wieder an unbekannte Orte kommen, immer etwas anderes erleben und *allen* Menschen nützlich werden.

(Lacht) Ich verrate jetzt nicht, ob Nuria es im Lauf der Geschichte schafft, den Menschen mitzuteilen, wie das Geld „sich tatsächlich fühlt“ und was es „an Erkenntnissen gewonnen“ hat.

JG: Deine Personifikation des Geldes verhilft mir zu einem völlig neuen Blickwinkel auf die Geldproblematik.

SF: So ist die Geschichte auch gemeint. Ich persönlich laste die Geldproblematik nicht einzelnen Menschen an. Das wäre meiner Meinung nach nicht realistisch; denn ein Blick nach draußen genügt, um festzustellen, dass in unserer Gesellschaft die allermeisten davon träumen, zu den wenigen „Winnern“ zu gehören, die einen beachtlichen Teil von dem Geld erhalten, das andere erwirtschaften. Das ist vergleichbar mit dem altbekannten Problem, dass viele Sklaven nicht davon träumen, diese Art der Knechtschaft abzuschaffen, sondern selber Sklaven zu besitzen. Dementsprechend kann denen, die zurzeit finanziell begünstigt sind, keine Schuld für die Problematik zugewiesen werden. Das Geldproblem ist nicht moralischer, sondern struktureller Natur.

JG: Das kommt in deiner Szene im Computer deutlich heraus.

SF: Freut mich! Mein Märchen zeigt, dass die Ursache im Geld selbst zu finden ist; das personifizierte Geld „erkennt“ sie. Nun liegt es an den Menschen, auf den „Wunsch des Geldes“, in Umlauf zu bleiben, auch tatsächlich zu hören.

Ob nun in der Realität ein Mensch diesen Ruf tatsächlich vernimmt, ist weitgehend unabhängig davon, ob diese Person vom aktuellen System bevorzugt oder benachteiligt ist. Immer mehr Menschen schauen über den Rand ihrer mehr oder weniger gefüllten Teller hinaus und verstehen, dass wir als Menschheit nur *gemeinsam* glücklich werden können. Wesentlich ist, dass wir Menschen wegkommen von der Mentalität, möglichst viel Fremdarbeit durch möglichst wenig Eigenarbeit zu erhalten. Nur so ist es uns möglich, Freude am ausgewogenen Geben und Nehmen zu entdecken. Die dadurch entstehende Dankbarkeit den anderen Berufsgruppen gegenüber erzeugt im Einzelnen ein Glücksgefühl, das mehr wert ist, als viel Geld zu besitzen.

Eine Reform des Geldwesens, die diese Ausgewogenheit ermöglicht, wird uns allen ungeahnte Entfaltungsmöglichkeiten eröffnen.

JG: Sylvia Führer, ich danke herzlich für das interessante Gespräch. Aber noch eine kurze Frage: Wie können wir zur Verbreitung des Buches beitragen?

SF: Sie alle können das Buch weiterempfehlen und verschenken, denn im Dschungel heutiger Publikationen bedarf es des solidarischen Mitwirkens vieler gleichgesinnter Menschen, um seine Leserschaft tatsächlich zu erreichen und somit dem gemeinsamen Ziel näher zu kommen. Ich würde mir wünschen, dass mein geistiges Geschenk alle erreicht, für die ich Tag für Tag idealistisch daran gearbeitet habe, und das ist eine breit gefächerte Zielgruppe. Auch Erwachsene fühlen sich von „Die Münze Nuria“ berührt und angesprochen.



Illustrationen: Fabienne Rieger

Sylvia Führer: „Die Münze Nuria“, 1. Auflage 2007, Froh & Frei Verlag Holzwickede, ISBN 978-3-939881-04-9; Hardcover, 112 Seiten mit 40 farbigen Illustrationen von Fabienne Rieger, 14,90 Euro.



Die Autorin Sylvia Führer wurde 1968 in Stuttgart geboren und ist auf Gran Canaria aufgewachsen. 1987 legte sie ihr zweisprachiges Abitur im mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig ab. Sie studierte Grundschulpädagogik mit den Hauptfächern Musik und Religion in Freiburg i. Br. Über ihre langjährige Unterrichtserfahrung seit 1992 publizierte sie 2001 ein vielbeachtetes musikpädagogisches Methodikbuch. Es folgten zahlreiche Publikationen zu pädagogischen Themen. 2007 veröffentlichte sie ihr erstes Kinderbuch: „Die Münze Nuria“.

Zu ihrer Motivation schreibt die Autorin: „Mich für die Ziele meines Großvaters Silvio Gesell einzusetzen, ist mir von Kindesbeinen an ein starkes Anliegen. Mit achtzehn Jahren strebte ich ein wirtschaftswissenschaftliches Studium an, sah aber sogleich, dass es bereits hervorragend qualifizierte Menschen gibt, um die Verwirklichung der Freiwirtschaft (Humanwirtschaft/Fairconomy) in unserer Zeit von der technischen Seite her zu ermöglichen. Meine eigene Aufgabe entdeckte ich darin, Kinder in ihrem natürlichen kooperativen

Wesen zu stärken. Mit dieser Grundausrichtung ist es ihnen möglich, später das Geld nicht als Machtinstrument, sondern als Mittel zur Verbindung zwischen den Menschen wahrzunehmen.

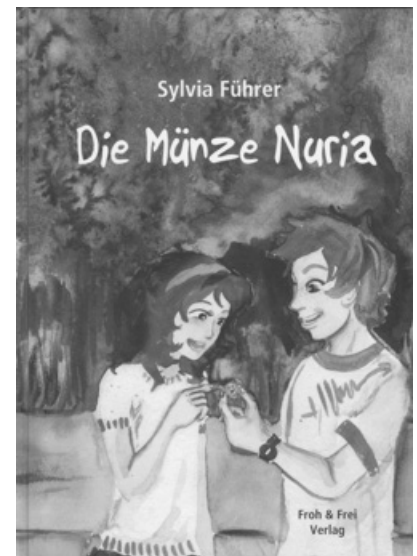
Die Notwendigkeit einer Umlaufsicherung des Geldes zu verbreiten, geht auch damit einher, erst einmal das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass das Geld fließt wie Blut in unserem Kreislauf; es ist eine universelle Ware, die ihr Gesicht mehrmals am Tag ändern kann. Wir können es ansparen, sollten aber – alle gemeinsam – von dem Traum wegkommen, das Geld „selbstständig“ zu vermehren. Im Kopf und im Herzen beginnt jede Veränderung; mich selbst sehe ich vor allem für die Förderung der psychologischen Weichenstellungen zuständig.“

Anmerkungen des Herausgebers von ALTERNATIVEN: In meiner Lehrerzeit bekam ich die SchülerInnen der Oberstufe in Sachen Geld bereits verbildet. Das Zinssystem wurde ihnen in Klasse 3/4 mit der Aufgabe „eingetrichtert“: „Hans bekommt vom Onkel 100 Mark. Er bringt sie aufs Sparbuch. Der Zins ist 3%; wie viel hat er nach 1 Jahr?“ Dass der Zins nicht vom lieben Gott kommt, sondern oft von den Vätern der Kinder als verschuldete Häuslebauer erarbeitet werden muss, erfahren sie nicht. In der Ausbildung der Lehrer wird der tiefere Grund einfacher Volksweisheiten, wie sie z.B. im Kinderlied „Taler, Taler, du musst wandern, von dem einen zu dem andern“ zum Ausdruck kommt, nicht verinnerlicht: **Nur im Umlaufen spendet das Geld Segen.** In Klasse 10 festigen Aktien-Gewinnspiele der Banken das kapitalistische Zinsdenken der Schüler und Lehrer.

Im Gegensatz zu heute wurden in den 20ern viele Lehrer Anhänger Gesells und gaben dieses Wissen in Schulen/Volkshochschulen weiter. Lag es daran, dass die Bewegung um Silvio Gesell damals viel stärker war als heute? Zu meiner aktiven Zeit dürften an den Gymnasien der West-BRD gerade mal ein Dutzend Lehrer NWO-Theorien in den Unterricht eingebaut haben, was nicht nur in Geschichte, Religion oder Mathe möglich ist.

Erst in meinen letzten Lehrerjahren konnte ich in der in Niedersachsen kurzlebigen Orientierungsstufe (5./6. Klasse mit Lehrern aus Haupt-, Real-, Gymnasialstufe) die Kreislauftheorien des Geldes kindgemäß/spielerisch anhand dieses Liedes aufarbeiten. Es ist wichtig, den Kindern durch ein Märchen wie „Münze Nuria“ schon frühzeitig die Rolle des Geldes bewusst zu machen und psychologisch den Boden zu bereiten, dass **„Geld rollen muss, wenn wir leben wollen“**. Ganz unten – bei den Kindern. „Nuria“ ist ein wichtiger Baustein für meine 30-20-10 Jahre Strategie zur Verwirklichung Gesellscher Reformen, dazu „ALTERNATIVEN“ Nr. 62, Seite 20.

Georg Otto



ISBN 978-3-939881-04-9

ALTERNATIVEN ist an einer starken Verbreitung des Buches „Die Münze Nuria“ interessiert!

Wir schalten uns daher in Vertrieb und Werbung ein. Eltern, Lehrer und ErzieherInnen sollten die Erkenntnisse des Buches über das Geld vielen Kindern vermitteln. Großeltern lesen es ihren Enkeln als Gute-Nacht-Geschichte vor.

Zur Werbung haben wir erst einmal 2000 Stück von diesen 4 Seiten drucken lassen. Fordern Sie diese gegen Herstellungskosten an. Wer knapp bei Kasse ist, sende Briefmarken: € 0,90 Porto für 50 Gramm = 4 Stück, € 1,45 für 500 Gramm = bis ca. 50 Stück, € 2,20 für 1000 Gramm = ca. 100 Ex. **Die Druckkosten betragen pro Stück 12 Cent.**

Das Buch selbst senden wir zu € 14,90: ALTERNATIVEN, 31079 Eberholzen, Gänseberg, alternative-dritter-weg@t-online.de. **Buchbesteller, die ALTERNATIVEN nicht kennen, erhalten 3 Frei-Exemplare unserer Zeitschrift.**

Der Welt ein Zeichen geben - Das Freigeldexperiment von Wörgl

Zum Freigeldjahr der Stadt Wörgl aus Anlass der 75. Wiederkehr dieser Aktion von 1932/1933 (wir informierten in Nr. 60/61) erschien im Gauke Verlag das oben genannte Buch von Gebhard Ottacher. Mit vielen Bildern wird auf 81 Seiten eine wissenschaftliche Aufarbeitung von diesem Projekt geboten, die den Vorzug hat, lesbar für alle zu sein. Sie ist sehr gut gegliedert, so dass die vielseitigen Aspekte der Aktion schnell im Inhaltsverzeichnis zu finden sind. Die bisherige Literatur und viele Dokumente aus den Archiven in der Stadt werden herangezogen. Das Buch beruht auf der Diplomarbeit des Autors zur Erlangung des Magistergrades der Uni Wien und kostet über ALTERNATIVEN €14,-.



Über sein Ziel sagt Gebhard Ottacher: „Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise fand zwischen Sommer 1932 und Sommer 1933 in der Markgemeinde Wörgl in Tirol etwas statt, das als „Wörgler Freigeldexperiment“ in die Wirtschaftsgeschichte einging. Diese Arbeit dokumentiert dieses Experiment und widmet sich besonders dem lokalen sozio-

ökonomischen Umfeld. Die bisherige Forschung widmete sich vor allem der Analyse der finanz- und währungstechnischen Seite. Daher legt diese Arbeit ihren Schwerpunkt auf die politische Umsetzung der Nothilfe-Aktion und beschäftigt sich mit der Frage, wie und warum die lokalen Entscheidungsträger und die Bevölkerung das Experiment so stark mittrugen. Bürgermeister Unterguggenberger wollte „der Welt ein Zeichen geben“. Das scheint ihm angesichts der breiten internationalen Resonanz gelungen zu sein. Wie es ihm gelang gegen den Widerstand in seiner eigenen Partei (der SPÖ, d. Red.) und quer über alle ideologischen Gräben dieses Experiment von bis heute anhaltender internationaler Bedeutung durchzuführen, ist Gegenstand dieser Arbeit“.

Kapitel eins beschreibt die Wirtschaftslage Anfang der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts. Kapitel zwei und drei behandeln Werdegang und Ideen Unterguggenbergers und des Theoriegebers Silvio Gesell. Es folgt in Kapitel vier Vorlauf; Ablauf Ergebnis und Nachspiel des Experiments. Hier wird auf die lokalen Umstände sowie die internationale Ausstrahlung des Freigelds eingegangen. Das Kapitel fünf bewertet Experiment und Ergebnisse.

Der Titel kam dem Rezensenten bekannt vor. Er benutzte ihn zur 60. Wiederkehr des Experiments für die Überschrift eines vierseitigen Flugblattes, das noch zu bestellen ist und auch den Text des einstimmigen Beschlusses

Aus dem Gauke-Verlag gibt es von Werner Onken „Modellversuche mit sozialpflichtigem Geld und Boden“ (€8,50). das auch über das Vorbild von Wörgl informiert, das Freigeld von Schwanenkirchen, Bayern. Es wurde 1931 von der Regierung Brüning verboten, statt es auf ganz Deutschland auszudehnen um die Arbeitslosigkeit zu beenden und Hitler noch rechtzeitig zu stoppen. W. Onken stellt dort auch verschiedene Bodenreformsiedlungen vor, vor allem Eden, nördlich Berlin. Diese, von Prof. Oppenheimer konzipiert, wurde zum Vorbild des Bodenrechts in Israel. Lieferbar von ALTERNATIVEN: D 31079 Eberholzen, Gänseberg 11 – alternative-dritter-weg@t-online.de. Die Preise beider Schriften sind mit Versandkosten.

Die Rückseite informiert über die Technik des Freigeldes und über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gemeinde mit Freigeld.

des Wohlfahrtsausschusses enthält, der Basis für den ebenfalls einstimmigen Beschluss des Gemeinderates vom 8. Juli 1932 für den Start des Projekts. Dieser Text ist auch im Buch wiedergegeben. Ottmacher nennt diese Beschlüsse „die politische Meisterleistung“ Michael Unterguggenbergers. Bisher wurde das Programm der Freiwirtschaftsgruppe Wörgl nicht veröffentlicht, mit dem die Erfahrungen von Wörgl auf die Landespolitik zur Rettung Österreichs aus der Krise in die Diskussionen im Lande eingebracht wurden. Neu ist auch das Bild der Mitglieder der Freiwirtschaftsgruppe Wörgl, das wir mit frdl. Genehmigung des Verlags hier veröffentlichen.



Aus einem Text Alex von Muralts „Der Wörgler Versuch mit Schwundgeld“ (1933) ist das Kreislaufschema sehr aufschlussreich. Es zeigt wie Freigeld in Wörgl die Wirtschaft belebte: Von der Gemeinde als Lohn an Notstandsarbeiter und an Angestellte gezahlt, lief es vorwiegend an Kaufleute und Bauern zur Deckung des tägl. Bedarfs und zurück an die Gemeinde zur Bezahlung von Gebühren und Steuern, auch als Nach- und sogar Vorauszahlungen. Zahlungen in Freigeld gab es auch zwischen Betrieben. Es wurde auch bei der Raiffeisenkasse gegen Abschlag in Staatsgeld für Zahlungen an Grossisten im „Währungsausland“ Österreich umgetauscht..

Aus dem Buch veröffentlichen wir Auszüge aus den Abschnitten „Technische Umsetzung“, „Kreislauf“ und geben aus dem „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ die wichtigsten Maßnahmen wieder und veröffentlichen einen Feigeldschein, offiziell Arbeitswertbestätigungen, AB-Scheine genannt.

Zur technischen Umsetzung: Die Umlaufgebühr des Freigeldes „betrug ... 12%, doppelt so viel wie von Gesell ursprünglich vorgeschlagen. Zum Jahresende wurde es in neue Scheine getauscht. Dies erfolgte ohne Abzug, wenn alle Felder mit Wertmarken beklebt waren. ... AB-Scheine konnten jederzeit in normale Schillinge getauscht werden, jedoch gegen Abzug von 2%, die dem Armenfonds zugeführt wurden, ebenso der Erlös aus dem Verkauf der Klebmarken“. Der Umlaufgebühr konnten alle entgehen, wenn sie mit Freigeld kauften und die Gebühr als Schwarzen Peter an die Kaufleute weitergaben, die ihrerseits damit rückständige wie neue Steuern an die Gemeinde zahlten. Gerade darin lag das vielfach in den Medien beschriebene „**Wunder von Wörgl**“. Es lag nicht träge in den Kassen, wie das Staatsgeld, wodurch die Krise ja entstand, sondern es wurde, um der Umlaufgebühr zu entgehen, rasch über Käufe ausgegeben und sorgte so für Arbeit!



Der Abschnitt „Kreislauf“ bestätigt dies: „Freigeld besaß eine derart hohe Umlaufgeschwindigkeit, ... dass im Schnitt nur Scheine im Wert von ATS 5.490, (Österreichische Schillinge) im Umlauf waren. Auf jeden Bürger entfielen nur ATS 1,3 in Freigeld, während die Nationalbank ATS 158,76 pro Staatsbürger in Umlauf hatte. Die AB-Scheine durchliefen jährlich 36,43 mal die Gemeindekasse. Jeder offizielle Schilling sorgte in den 13,5 Monaten des Experiments für den Absatz von Waren im Wert von ATS 8,55, während ein Schilling in Freigeld jährlich ATS 73,- an Sozialproduktzuwachs schuf.“

Diese geringe Freigeldmenge senkte die Arbeitslosigkeit um 25%!



Das erklärt auch mit den Erfolg des „Arbeitsbeschaffungsprogramms“ Dort sagt Bürgermeister Michael Unterguggenberger „**Es zielt nicht darauf ab, ein kommunales Unterstützungssystem zu schaffen. Das Ziel ist, von der Gemeinde ausgehend, die werteschaaffende Kraft der Arbeit wieder mobil zu machen, dem Arbeiter seinen Ehrenplatz wieder zu geben und aus dem Unterstützungsempfänger wieder einen Verdiener zu machen**“

Was im einzelnen in Angriff genommen wurde, geben wir gestrafft aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm wieder:

Mit den einlaufenden Steuerrückständen, den Zuschüssen aus der Arbeitslosenfürsorge und einem Kredit des Landes von ATS 12.000 wurde schon im Juli mit den Arbeiten begonnen: Kanalisierung und Asphaltierung von Straßen, Bau eines Feuerlösch-Bassins. Dieses erste Programm dauerte bis Ende Oktober 1932. In der zweiten Phase wurden weitere Straßenarbeiten, Rohr- und Randsteinverlegungen durchgeführt und eine neu Schisprungschanze angelegt. Die Gemeindemühle wurde mit einem Holzhaus versehen, ein Waschhaus und eine Notstandsküche eingerichtet und der Bahnhofsvorplatz neu gestaltet. Die Gesamtausgaben betragen 1932 ATS 100.000, zu denen 1933 ATS 80.000 hinzukamen. Lohnzahlungen im Rahmen des Programms erfolgten nur in Freigeld. Die dritte Phase begann im März 1933. Über den Wildbach wurde eine Eisenbetonbrücke gebaut. Sie wurde mit einer Gedenktafel versehen „Erbaut mit Freigeld im Jahr 1933“, die heute im Wörgler Museum zu sehen ist. Wanderwege wurden angelegt,

auch zur Sprungschance. (Durch die am 1. 6. einsetzende 1000 Mark-Sperre blieben deutsche Urlauber erst einmal aus) Bgm. Unterguggenberger verhandelte mit den franz. Eigentümern über die Inbetriebnahme der stillgelegten Zellulosefabrik mit Freigeld, was durch das Verbot der Aktion vereitelt wurde.

Dadurch wurde Österreich in die Krise zurückgeworfen – auch in Wörgl kehrte die Not wieder ein. 1934 brach in Österreich ein Bürgerkrieg zwischen linken und rechten politischen Kräften aus. Freigeld, das nach einem Kongress in Wien ca. 130 Gemeinden = das halbe Land einführen wollten, hätte dies verhindern können, wenn es die Regierung tatkräftig eingeführt und der Nationalbank widerstanden hätte, die mit ihrem Prozess diese hoffnungsvolle Entwicklung abblockte. Immerhin konnte in der kurzen Zeit der Arbeitslosenstand in Wörgl. um 25 % gesenkt werden, während er im ganzen Land noch einmal, um 15% anstieg.

Vorträge mit Bildern über Wörgl hält der Rezensent G. Otto u. Mitarbeiter, so Jochen Tittel, Adressen unten.

Die Bürgerinitiative **A3W – ALTERNATIVE DRITTER WEG** und die **HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI – HWP** verbreiten dieses Flugblatt – auch zur Vorbereitung für die Teilnahme an den Wahlen 2009, vor allem Europa- und Bundestag. Dafür brauchen wir viele Helferinnen und Helfer. Wenn Sie mehr über den DRITTEN WEG für eine HUMANWIRTSCHAFT als ALTERNATIVE zum realen Kapitalismus der Bundesrepublik mit Massenarbeitslosigkeit, immer mehr Armen und wenigen Reichen und hoher Staatsverschuldung und als ALTERNATIVE zum Ex-„Sozialismus“, der eigentlich Staatskapitalismus war, wissen wollen, so wenden Sie sich an G. Otto und die Zeitschrift ALTERNATIVEN, 31079 Eberholzen, Gänseberg 11 Mail: alternative-dritter-weg@t-online.de und in Sachsen an **HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI – Steffen Kleber 09627 Bobritsch,**

Lichtenberger Str. 3 und A3W: Jochen Tittel, Talstr. 70, 09627, Unterbobritsch – Mail: JochenTittel@aol.com

/Es begann vor 30 Jahren:

AKW-Gegner in den Landtag - GRÜNE LISTE UMWELTSCHUTZ

Die Glaubwürdigkeit der GRÜNEN leidet auch durch ihre verdrängte Geschichte.

Ein Rückblick von Georg Otto, einem Akteur der ersten Stunde.

Von der Kreistagswahl Hildesheim 1977 zur Landtagswahl Niedersachsen 1978.

Am 19. Februar 1977 fand die erste Demo gegen das geplante AKW Grohnde an der Weser statt. Zwei Wochen später verteilte Jürgen Funk bei der zweiten Demo die ersten 1000 Aufrufe „AKW-Gegner in den Landtag“. Im Aufruf hieß es: „Schickt die Atomparteien nach Hause – und zwar schon im nächsten Jahr!“ 1978 war Landtagswahl in Niedersachsen. Verschiedene Salzstöcke wurden als Endlager für Atommüll genannt. Die Suche konzentrierte sich auf Gorleben. Auch Wiederaufarbeitung von Brennstäben war im Gespräch. Im Aufruf hieß es: „In Niedersachsen fällt die Entscheidung über die Atompolitik – Ohne Wiederaufbereitung keine Atomenergie – Es kommt also auf uns an!“

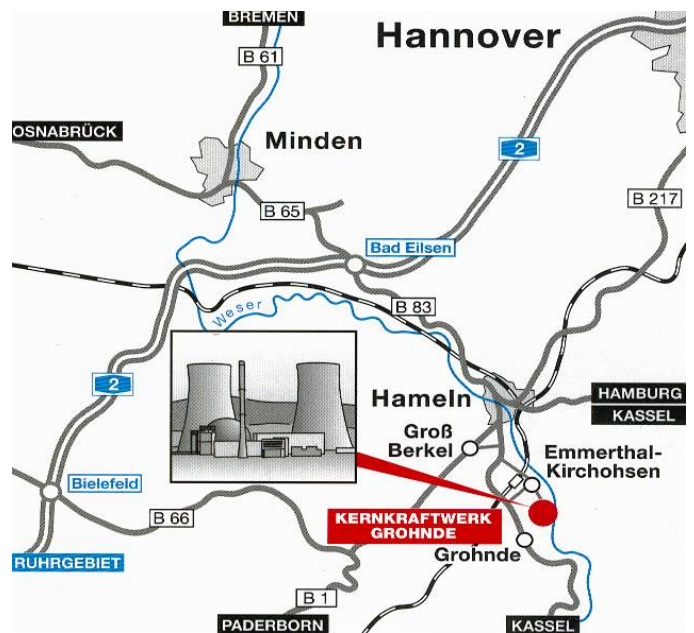
Es wurden damals zwei unterschiedliche Strategien diskutiert: Gewalt gegen Sachen und gewaltsame Platzbesetzungen, zum anderen der gewaltfreie Kampf über den Einzug in Parlamente. Nachdem Unterschriftenaktionen; Prozesse, Demos ihre Wirkung auf Regierende und Gesetzgeber verfehlten, blieb keine Wahl als zwischen bisheriger Erfolglosigkeit, zwischen Gewalt und zwischen Wahlbeteiligung mit dem Ziel des Einzugs in Parlamente. Ich rief daher mit Freunden zu einer Wählergruppe aus Bürgerinitiativen und parteifreien Bürgern auf.

Koordinator war Hermann Müller, Lüderten bei Springe. Verfasser war ich, damals Lehrer am Scharnhorst-Gymnasium Hildesheim. Ich konnte noch nicht in Erscheinung treten, weil ich erst einen Ausschlussantrag aus der SPD gewinnen wollte, ehe ich für die Bildung einer ökosozialen Partei eintrat. Auch an den Demos konnte ich nicht teilnehmen – damals war samstags noch Unterricht. Nach der ersten Aktion gab es mehrere Treffen. Ende Mai mit ca. 50 Leute in Hannover. Die Spannweite reichte von der damals noch nationalen, aber schon stark ökologisch ausgerichteten AUD (Aktion Unabhängiger Deutscher) bis zum KB (Kommunistischer Bund). Die KBler gaben sich aber nicht zu erkennen. Erst aus ihrem nächsten „Arbeiterkampf“ erfuhren wir, dass sie Teilnehmer und Gegner des Vorhabens waren. Carl Beddermann, der in Grohnde das Flugblatt erhielt und die USP, Umweltschutzpartei, gegründet hatte, und gegen Mittag zu einem Paralleltreffen ins Wendland fuhr, stellte sich vor. Bei der Meinungsvielfalt wurde kein Einvernehmen erzielt. Während ich das gemeinsame Anliegen der AKW-Gegner betonte, hatten andere Freiwirtschaftsanhänger das Gefühl, sie kämen mit ihrem Anliegen zu kurz.

Die Hildesheimer Stammgruppe Liberalsozialer Arbeitskreis Dritter Weg kam später zum Entschluss sich als Regionalgruppe der USP an der Landtagswahl zu beteiligen. Für die Vorbereitungen war genau noch ein Jahr Zeit!

Damals wurde über die Gebietsreform entschieden. Die Kreise Hildesheim-Alfeld, Hameln-Pyrmont, Soltau-Fallingbostal wurden vereinigt und die Kreistage am 23. 10. 1977 gewählt. Unter der Parole: Jetzt probieren wir es! entschied sich die USP Hildesheim für Teilnahme und kündigte das um den 25. August mit einer Pressemeldung an, dass sie vorbereitend für die Landtagswahl zur Kreistagswahl für die auf Niedersachsen begrenzte USP antrete: Für die Bundestagswahl 1980 strebe sie ein breites Bündnis von Umweltschützern und Sozialreformern an. Die kapitalbedingte Ursache der Umweltzerstörung und des Wachstumszwanges wie des Vorranges des Kapitalgewinns vor der Entlohnung der Arbeit, sei anzugehen. Sofort entzog uns der Vorstand das Recht zur Namensführung USP, die diese Ziele nicht teilte. Zwei Tage später beschlossen sieben Freunde in der Nordstemmer Atelierscheune von Anton Mook als Wählergruppe GRÜNE LISTE UMWELTSCHUTZ – GLU teilzunehmen. Im Programm stand Kampf gegen das AKW-

Grohnde, 20 km Luftlinie vom Kreis, 30-40 km von der Stadt Hildesheim, Einsatz für alternative Energien. Statt Müllverbrennung seine Kompostierung und Sortierung zur Verwertung.



Grün stand für Natur, Zukunft und Hoffnung und grün war auch die Farbe der freiwirtschaftlichen Bewegung für einen liberalen Sozialismus, aus der vor allem Günter Walter, Anton Mook und ich kamen. Liste symbolisierte Basisdemokratie und den Aufstand gegen den formal zwar demokratischen Parteien- und Staatsbetrieb, in denen tatsächlich Oligarchien von Männerbünden (z.B. Wehner, Brandt, Schmidt) das Sagen hatten und die Parlamente dominierten. Das wurde in der Atompolitik der SPD deutlich. Prof. Karl Bechert war jahrelang Vorsitzender im Ausschuss für Energiefragen, hatte aber eher gegen die Politik der SPD-Regierung zu kämpfen. Umweltschutz verstärkte den Öko-Ansatz. Schon im Wahlkampf trat die GLU der späteren Abstempelung als Einpunktpartei entgegen. Im Aufruf für die Bundestagswahl 1980 eine sozialökologische Liste zu bilden, wurde deutlich, dass es den Gründern um Überwindung der umweltzerstörenden Wachstumspolitik des Kapitalismus ging.

In zwei Wochen waren alles geschafft: Für alle 11 Bereiche 1 Kandidat und je 30 Unterschriften. Wir brachten es auf über 30 KandidatInnen und auf über 600 Unterschriften. Die letzten Listen trieb ich am Tage der Abgabe der Unterlagen in Söhle und Bockenem ein, ließ sie in den Gemeinden bestätigen und gab sie beim Wahlleiter ab. Es folgte für mich ein aufreibender Wahlkampf mit starker Vernachlässigung des Berufs. Am Wahltag belohnten 1,2% Stimmen mit 1 Sitz im Kreistag. In Hameln-Pyrmont, Standort des AKW Grohnde, erreichte die

Liste „Atomkraft Nein Danke!“ 2,4% und 1 Sitz. In Soltau-Fallingb., Sitz der USP, gab es keine grüne Kandidatur.

Nach der Wahl gab es einen Glückwunsch der USP mit der Erklärung, sie sei bereit den Namen GLU anzunehmen und mit der Hildesheimer Gruppe die Landtagswahl vorzubereiten. Dieser war klar, dass sie selbst dazu nicht in der Lage war, weil ich aus beruflichen Gründen politisch kurz treten musste. Am Bußtag 1977, zum SPD-Parteitag in Hamburg, verbrannte sich, angekettet an ein Kirchentor, der christliche Atomenergiegegner Hartmut Gründler aus Protest gegen die SPD-Atompolitik. Dem Parteitag war dies keine Debatte wert. Dagegen wurde über die Gefahr der grünen Listen, diskutiert. Infos zu diesem Protesttod veröffentlichten seine Freunde in „Hartmut Gründler – Ein Leben für die Wahrheit – ein Tod gegen die Lüge“.

Vertreter der GLU und der 11 Kreisgruppen der USP bildeten an diesem Tag in Schwarmstedt den Landesverband der GLU und setzten dies am 11. 12. in Hildesheim mit Programmabschluss und Vorstandswahl fort, zu der ich nur als Beisitzer kandidierte konnte. Carl Beddermann wurde Vorsitzender.

Dieser baute die GLU mit Hilfe der Bürgerinitiativen und der AUD, die in 20% des Landes verbreitet war, rasch auf. Eine Landesliste konnte nur in den 99 Landtagswahlkreisen gewählt werden, in dem ein/e Kandidat/In je 100 Unterschriften erhielt. Das wurde in 5 Monaten mit mehr als 9.900 Unterschriften im ganzen Lande geschafft. Ohne Beddermann, der das von seinem Büro aus organisierte, vor allem ohne die Mitarbeit der 100 – 200 Bürgerinitiativen Umweltschutz, die es damals gab, wäre das nicht zu schaffen gewesen.

Zu Beginn 1978 versuchte die trotzkistische Sozialistische Arbeiter Gruppe (SAG), die in Hameln den Erfolg der Liste „Atomkraft Nein Danke“ organisierte, eine linke Wahlliste zu bilden. Bei ca. 200 Teilnehmern wurde keine Einigkeit erzielt, die Positionen der GLU von Dr. Kay Hoffmeister, Winsen an der Luhe und mir verteidigt. In der Folge kam es zu einer Stärkung der GLU auch an Hochschulstandorten und eine linke oder „Bunte Liste“, wie in Hamburg, entstand nicht.

Je näher der Abgabetermin der Unterlagen kam, umso dringender mussten noch freie Wahlkreise besetzt werden. Ich schaltete mich wieder ein. Mit Prof. Rolf Bertram, Osterode, wurde der Harz erschlossen. Bertram von Süden und ich von Westen und Norden. Die Liberalsozialen aus Nordstemmen nahmen sich das Weserbergland vor. Die Hildesheimer Wahlkreise wurden von Hartmut Stoehr, Hannelore Otto, Ursula Sittig und mir besetzt.

Vor dem ersten Wahlparteitag, zwei wurden nötig und von Erich Hays in Fischerhude organisiert, stellte sich heraus, dass das vom Vorsitzenden in Druck gegebene „bewahrende und beschützende“ Plakat mit dem grünen Regenschirm wenig überzeugte. Die Mehrheit wollte nicht nur wertkonservativ werben. Werner Schirr, Gartenarchitekt aus Pymont und wie der Naturheiler Dr. Bruker gegen das AKW Würgassen, aktiv im Widerstand gegen das AKW Grohnde, beauftragte nach Rücksprache mit mir junge Designer mit dem Entwurf von 8 Plakaten, die beim 2. Wahlparteitag vorgestellt wurden, ohne

Über „Von der GLU über die Europa-Grünen zur grünen Bundespartei“ (1978-1980) informiert ein späterer Aufsatz: Er ist ab 2008 unter www.alternativen.biz abzurufen. Ebenso dieser Text **und verschiedene Anmerkungen dazu**. Ergänzungen und Widersprüche nimmt G. Otto gern entgegen: 31079 Eberholzen, Gänseberg 11. Das Heft „10 Jahre grüne Politik“ ca. 50 S. gibt es noch zu €3,-. Ihm wird der Text des ersten Aufrufs „Atomenergie-Gegner in den Landtag“ beigelegt. Mail: alternative-dritterweg@t-online.de. Die Broschüre zu Hartmut Gründler kann evtl. zu €9,- noch besorgt werden. Die ALTERNATIVEN, Zeitschrift auch der LIBERALSOZIALEN in den GRÜNEN, die den Text zuerst veröffentlicht, ist anzufordern. **Die Mitgliederzeitungen der GRÜNEN Niedersachsen (kein Platz wegen der Wahl 2008) und des Bundes veröffentlichten diesen Aufsatz nicht!**

dass es zu einer Entscheidung kam. Ich nahm alle mit nach Hause. Am anderen Morgen wurden sie im Garten aufgestellt und von Hannelore Otto und mir getestet, welche für Straßen und welche gut für Fußgängerzonen waren. Die Entscheidung fiel für „Nicht schwarz sehen – grün wählen!“ und dem Symbol des grünen Ahornblattes im gelben Kreis, das auch als Aufkleber bestellt wurde. Plakat Nr. 2 war: „Die Natur muss erhalten bleiben – Blatt für Blatt“ mit grünen Blättern auf weißem Grund. Für Fußgänger: „Fahren Sie ruhig ins Grüne – die Wahllokale sind bis 18 Uhr offen!“ und „Unser Arbeitsplatz ist ein Teil der Umwelt.“ Am Vormittag bestellt, Samstag bei Bielefeld abgeholt, Sonntag bei der Konferenz Landesmitte ausgegeben und das übrige Land von Heiner Otto mit dem Familien VW-Bus versorgt, wurde die Plakatierung im ganzen Land 4 - 3 Wochen vor der Wahl noch gesichert.

Carl Beddermann konnte sich bei der Wahl der Landesliste noch auf Platz 1 durchsetzen, ich unter den ersten 5%. Beide Parteitage und dann der Wahlkampf liefen weitgehend ohne ihn ab. Aus einem nach Gutsherrenart geführten Honoratiorenverein wurde eine basisdemokratische Partei. Während des Wahlkampfes lief alles immer mehr ohne ihn ab. Dass er sich von seiner Arbeit freimachte, war bei der Organisation der Wahlkreise unentbehrlich. Jetzt nahm die neue Basis ihre Sache selbst in die Hand. Wenig Regenschirme – in manchen Regionen gar keine – waren zu sehen. Die neuen Plakate und Infostände waren Hauptwahlmittel und noch vier Wochen – das war Überzeugung der WahlkämpferInnen – und wir hätten die an 5% fehlenden 500 Stimmen je Wahlkreis geschafft! Viele Gruppen gab es erst seit März oder April und am 4. Juni war die Wahl! Und sie brachte der GLU aus dem Stand 3,9% der Stimmen. Ohne Schaumburg. Dort wurde der Termin zur Abgabe der Wahlunterlagen verpasst.

Eine Rechnung – wurde sie angestellt oder nicht – ging auf. Die GLU blieb mit fast 5% dem Landtag fern, kostete besonders der SPD Stimmen und Ernst Albrecht konnte seine Atompolitik fortsetzen. --- Ein Gutes hatte der Ausgang der Wahl doch: Ein Abgeordneter Carl Beddermann blieb uns erspart. Die

Auseinandersetzung mit ihm begann sofort, führte zu seinem Überschwenken auf den Kurs Dr. Herbert Gruhls. Dieser, MdB., trat aus der CDU aus und gründete die konservative GAZ – GRÜNE AKTION ZUKUNFT, die konkurrierend zur GLU in Hamburg, Hessen und NRW. Fuß fasste. In Hamburg bildete sich zusätzlich die linke Bunte Liste. Im Norden die mit der GLU befreundete GRÜNE LISTE Schleswig-Holstein..

Carl Beddermann trat zurück, an seiner Stelle kandidierte der konservative Staatsanwalt Dr. Eickhoff. Die Frage war, mit wem der wertkonservativ-bürgerliche Flügel, die Linkliberalen und die GLU-Linken der Universitätsstädte, gegen einen sehr konservativen Kandidaten geeint werden konnten. Ich schlug dafür Martin Mombauer vor. Dieser war Dozent einer VHS-Heimschule im Wendland – dort Wortführer der Atomenergie-Gegner bis weit in die Bauernschaft. Dieser votierte für mich und nach Beratung Flügel der Partei einigten sich diese und ich wurde als Kandidat vorgeschlagen und von 85% der Delegierten gewählt.



ALTERNATIVEN

Zeitschrift für eine ökologische, solidarische,
basisdemokratische und gewaltfreie Gesellschaft

Infos der Liberalsozialen(Lisos) in den Grünen zur BDK Ende November 2007

Inhalt dieses Infoblattes: Antrag zur Bildung einer Arbeitsgruppe zur Prüfung der LISO-Vorschläge, mit Liste für Unterstützer des Antrages auf Seite 2.
Lisos zum Papier der Realos GRÜNE MARKTWIRTSCHAFT,
Lisos zum Papier der Linken MEHR ALS NUR MARKT,
sofern die Vorräte reichen: Liberalsoziale Erklärung zur Bundestagswahl 2005 mit 10 Punkteprogramm
Es begann vor 30 Jahren: von der GRÜNEN LISTE UMWELTSCHUTZ -
GLU - zur grünen Bundespartei,(erster Teil).

Antrag der LISOS zur Bundesdelegiertenkonferenz am 23./25. 11. in Nürnberg: Es besteht die Gefahr, dass sich dort die Partei für eine **grüne Marktwirtschaft** entscheidet, der zwar bes. die linken Grünen starke ökologische und soziale Zügel anlegen wollen, die aber dennoch **KAPITALISMUS** bleibt, so wie die BRD nie eine freie oder gar soziale Marktwirtschaft war, wie sie sich nannte, sondern Kapitalismus pur war. An dessen Grundlagen rühren weder das Papier der Realos um den Fraktionssprecher Fritz Kuhn „**GRÜNE MAKTWIRTSCHAFT – MEHR WERT**“, noch das Papier der Linken um Jürgen Trittin und Bärbel Höhn, ehem. Bundesumweltminister, bzw. Agrarministerin in NRW „**GRÜNE WIRTSCHAFTSPOLITIK: MEHR ALS NUR MARKT**“.

Die LISOS halten eine solche stillschweigende Festschreibung des Kapitalismus durch sein Verstecken in einer „grünen Marktwirtschaft“ für gefährlich für die Zukunft der Grünen, die sie immer stärker zu einer systemkonformen Partei macht. Eine Funktion, die sie in der rot-grünen Regierung durch ihre Zustimmung zu einer die Großeinkommen stark begünstigenden Steuer“reform“ und durch ihre Zustimmung zu einer die sozial Schwachen stark belastenden Arbeitsmarkt- und Gesundheits“reform“ schon einmal ausübte. Nicht die Krisengewinner, die die Krise durch ihren spekulativen Umgang mit ihren Riesengewinnen erst mit auslösten, sondern die Krisenopfer, die Arbeitslosen, kleinen Rentner, Sozialhilfeempfänger, gut 15 Millionen mehr oder weniger stark Verarmte, wurden von rot-grün zur finanziellen Bewältigung der Krise zur Kasse gebeten, die Stellung der Reichen wurde gestärkt!

Da in den Papieren von Realos und Linken keine Ansätze für eine grundlegende Überwindung des Kapitalismus in einer echten sozialen und ökologischen und gleichzeitig kapitalismusfreien Marktwirtschaft erkennbar sind, beantragen die LISOS eine Arbeitsgruppe zu bilden, die untersucht, ob die Vorschläge der LISOS Ansätze für eine echt grüne und kapitalismusfreie Marktwirtschaft = einem Sozialismus ohne Staatswirtschaft, also Liberalsozialismus, enthalten. Vor den Diskussionen um das Wahlprogramm 2009 ist die Basis über die Ergebnisse zu informieren. Die Gruppe ist gleichberechtigt mit auch parteifreien LISO-Vertretern aus Basis und LISO-Experten zu besetzen. Für letztere schlagen die LISOS neben den in diesem Antrag auch an anderer Stelle genannten Helmut Creutz und Prof. Bernd Senf u.a. die Ökonomeprofessoren Thomas Huth (Uni Lüneburg), Dirk Löhr (FHW Trier), Wolfgang Berger (Karlsruhe) vor.

Die Grundlagen des Kapitalismus sind das Geldstreikmonopol und das Bodenspermonopol. Beide Urmonopole verfälschen das Ergebnis des Wirtschaftens, ob in Marktwirtschaften oder Staatswirtschaften und zwingen über Zins und Zinseszins und die Grundrente, besser Bodenzins genannt, die Arbeitenden zur Abgabe eines Teiles ihres Arbeitsertrages an die Inhaber des Geld- und Bodenmonopols und begründen die Ausbeutung der Arbeit und die Klassenspaltung durch das Kapital. Zusätzlich wird zur Steigerung des Kapitalprofits die Natur ausgebeutet. Sobald durch das Wirken der kapitalistischen Marktgesetze bei guter Konjunktur die Bildung von Neukapital den Kapitalertrag, den Zins, auf und unter das Niveau der Rentabilitätsgrenze drückt, erlischt das Interesse der Kapitalbesitzer an weiteren zinsdrückenden Investitionen und sie steigen auf Wirtschaftskrise um. **Das Instrument ist die heutige Geldstruktur, die es den Großgeldbesitzern straffrei erlaubt durch Geldstreik die Wirtschaft – und wenn nötig, den Staat, zu lähmen.** In Erkenntnis dieser Übermacht des Geldkapitals über die Arbeit und die ganze Gesellschaft hat sich die Politik seit Jahrhunderten auf dieses Machtverhältnis eingestellt und ist zum Erfüllungsgehilfen des Geld- und Bodenkapitals abgesunken, indem sie Geldstreik und Bodensperre auch rechtlich, z.B. durch das BGB, absicherte.

Das Papier der Realos sieht die derzeitige Marktwirtschaft eher durch noch bestehende Sekundärmonopole gefährdet und will diese weitgehend auflösen, um den Marktgesetzen im Interesse größerer Markteffizienz stärker zum Durchbruch zu verhelfen. Das ändert aber nichts an der Übermacht des Geldmonopols und des Bodenmonopols und

daran, dass die Nichtinhaber dieser Monopole weiter den Urmonopolbesitzern Geld- und Bodenzins in jedem Preis, im täglichen Brot wie in der Miete und auch in den Steuern für die Staatsschuld zahlen müssen. Wie wir mit der Graphik von Helmut Creutz sowohl in unserer Antwort an den Bundesvorstand im Vorjahr, wie jetzt an die Realos zeigen, **handelt es sich jedes Jahr um ca. 400 – 500 Mrd. € ca. ¼ des Bruttosozialproduktes oder fast zwei Bundeshaushalte, die 90% der Bürger als Opfer des Kapitalismus und seines Zinseszins-Systems an ca. 10 % Nutznießer dieses Systems aus ihrer Arbeit aufbringen müssen.**

Diese Superausbeutung von Mensch und Natur und diese unsere Demokratie zur Formaldemokratie herabwürdigende Diktaturstellung des Geld- und Bodenmonopols (die Bürger dürfen alle 4 Jahre ein Kreuz machen und das Geld lässt bestimmen, was Sache zu sein hat, nämlich die Vormachtstellung von Geld und Boden hat nicht angekratzt zu werden?) **wird weder von Realos noch von den Linken gesehen.** Wenn sie gesehen wird, so wird sie nicht benannt!

Die Linken wollen dem immerhin mit höheren Steuern für große Vermögen und Einkommen und scharfen Umweltvorgaben begegnen. Aber wenn sie nicht an der Machtbasis des Kapitalismus rütteln, den Urmonopolen Geld und Boden, können sie die Begrenzung kapitalistischer Profite nur so weit treiben, dass die Kapitalisten diese Einbußen, gegen die sie natürlich jammern werden, gern hinnehmen, schon um damit den Linken überhaupt die Lust am Revoltieren zu nehmen. **Linke Politik hat im Kapitalismus nur die Funktion und nur so weit zu gehen, wie die Bismarckschen Sozialgesetze. Mehr ist nicht drin!** --- Sprach Joschka Fischer nicht in „Die Linke nach dem Sozialismus“ (1992) vom Einhängen ökologischer und sozialer Politik in den Kapitalismus, der Sieger im Systemstreit mit dem Sozialismus sei und gegen den es keine Alternativen gebe? Oder hat der Kapitalismus bisher nicht jede Opposition, auch die der Grünen, gegen das System bereits eingehägt?

Mehr dazu haben wir in den schon genannten drei Papieren ausgesagt, die in der von uns beantragten Prüfung der LISO-Positionen zusammen mit der „Liberalsozialen Erklärung zur Bundestagswahl 2005, den Papieren von Helmut Creutz zur Reform des Steuersystems und von Prof. Bernd Senf „Das Geld der Zukunft“, die wiederum nur Kurzaussagen ihrer in den Büchern „Das Geld-Syndrom (Creutz) und „Der Nebel um das Geld (Senf) dargelegten Analyse und Therapie des Kapitalismus zu einer kapitalismusfreien Marktwirtschaft sind. –

Um es zu verdeutlichen: Es wird keine inhaltliche Zustimmung zu den LISO-Positionen beantragt, sondern nur eine Prüfung durch eine Arbeitsgruppe, die gleichberechtigt mit Liso-Anhängern besetzt sein soll.-----

Damit der Antrag gestellt werden kann, bitten wir Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen, diesen Antrag mit ihren Daten zu unterschreiben, weitere Unterschriften zu sammeln und ihn auch ihrem Orts- und Kreisverband vorzulegen, damit der OV oder KV über diesen Antrag auch abstimmen und ihn stellen kann.

Voraussichtlich wird Mitte Oktober Antragsschluss sein. Wir bitten daher um möglichst schnelle Werbung für diesen Antrag. Mitarbeiter der LISOS können zu Diskussionen von grünen Gruppen angefordert werden.

Ich bin Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen und unterstütze mit meiner Unterschrift diesen Antrag. Bitte die Daten deutlich ausfüllen.

Vor-u. Zuname	PLZ und Adresse	Mail-Adresse, evtl. Tel.	KV-Kreisverband	Unterschrift
1.				
2.				
3.				
4.				
5.				

Die Lisos finanzieren sich neben ihren Beiträgen zur Partei ausschließlich aus Spenden ihrer Anhänger. Um viele Parteimitglieder und Gliederungen erreichen zu können, bitten wir einmal um Spenden, zum anderen um Weitergabe dieser Papiere in und außerhalb der Partei durch eigene Kopien oder Bestellung bei uns (möglichst gegen eine Spende, auch in Briefmarken) **Gebt uns Eure Mail-Adressen und die Eurer FreundInnen durch, weil wir über Mails unsere Werbung besser finanzieren können.**

Wer eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt braucht, überweise Spenden auf das Konto des KV Bündnis 90/Die Grünen NOL-Niederschlesien-Oberlausitz, Weißwasser, mit dem Stichwort Spende für Liberalsoziale in den Grünen. Konto Nr. 7000 4803 der Niederschl. Sparkasse, BLZ 850 501 00. Wird Anfang 2008 zugestellt.

Erstunterzeichner sind Georg Otto, 31079 Eberholzen. Gänseberg 11, alternativen-dritter-weg@t-online.de KV Hildesheim, Eckehard Hollmann, 08927 Zwönitz, Thalheimer 21, e.hollmann@stollberger-regional.de, KV Stollberg, Michael Krenz, Str. d. Einheit 21, 09243 Weißwasser, megon@gmx.de, KV NOL, Weißwasser.

Informationen über diese Fragen mit Literaturnachweis und laufenden Terminen in vielen Teilen des Landes gibt es in der Zeitschrift ALTERNATIVEN, Probehefte gegen Unkostenbeitrag von ca. € 3,-(auch in Briefmarken) von 31079 Eberholzen, Gänseberg 11 – Mail: alternative-dritter-weg@t-online.de – www.alternativen.biz. Referenten können den Kreisverbänden vermittelt werden.

Auch linke Grüne auf Kurs in einen – wenn auch sozialer und ökologischer gestalteten – Kapitalismus ?

Das ist der erste Eindruck, den das „linke“ Papier – unterzeichnet u. a. von Jürgen Trittin und Bärbel Höhn - unter rot-grün Minister für Umwelt im Bund, bzw. für Landwirtschaft in NRW – bei den Liberalsozialen in den GRÜNEN (Lisos) auslöste. Es trägt den Titel „**Grüne Wirtschaftspolitik .- mehr als nur Markt**“ und ist ein Gegenpapier zum „rechten“ Papier der Realos um den Fraktionssprecher Fitz Kuhn, die ihre Ideen zur grünen Wirtschaftspolitik als „**Grüne Marktwirtschaft – Mehr Wert**“ zu Diskussion stellen.

Die Grundsatz-Kritik der Lisos am Papier der Realos wurde unter dem Titel „**Wohin GRÜNE – in eine grüne Marktwirtschaft – oder in einen grünen Kapitalismus?**“ beschrieben. **Beide Gruppen wollen das Wirtschaftssystem der BRD, den Kapitalismus, nicht überwinden.** Auch das „linke“ Papier hebt ihn an keiner entscheidenden Stelle, den ihn begründenden Urmonopolen, dem Bodensperr- und Geldstreikmonopol aus den Angeln. Beide Papiere bringen durch Nichtbenennung der ökonomischen Grundlagen des Kapitalismus zum Ausdruck, was von rot-grün bereits praktiziert und von den GRÜNEN in dieser Zeit auch nicht in Frage gestellt wurde: Der Kapitalismus ist und soll Grundlage grüner Wirtschaftspolitik bleiben.

Die Krise des Kapitalismus wurde mit den HARTZ-Gesetzen, bes. HARTZ IV, der Steuer-„reform“, der Gesundheits-„reform“ nicht zu Lasten der Krisenverursacher bekämpft. Diese verschärften die Krise durch ihre Herrschaft über das Blut der Wirtschaft, das Geld, durch nicht vollständige Weitergabe ihrer horrenden Kapitalgewinne in Arbeitsplatz-Investitionen und durch internationale Geld-Spekulationen. Vielmehr wurden die Opfer der Krise bereits von rot-grün zur Kasse gebeten. Die Reichen dagegen, die Eigentümer der nicht von ihnen erarbeiteten wirtschaftlichen Werte der BRD sind, wurden durch Steuer-Entlastungen auf Kosten der großen Mehrheit der Bürger in ihrer Machtstellung gestärkt. Statt von ihrem Vermögen und Einkünften die für eine echte REFORMPOLITIK nötigen Gelder durch Steuern zu holen, verschuldete sich rot-grün noch weiter bei ihnen und trieb über die Zinsen die Spaltung zwischen arm und reich weiter voran.

In einer monopolistischen Grundordnung nützt es wenig die Sekundärmonopole aufzulösen, wie es die Realos wollen, um so der Wettbewerbsordnung der Marktwirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen. **In 1-2 Generationen konzentriert sich durch exponentiell steigenden ZINSESZINS die Macht des Kapitals erneut bei den stärksten Kapitalgruppen, die schwächere Konkurrenten im Wirtschaftskrieg aller gegen alle erdrosseln.** Staatliche Rahmenbedingungen für einen im Ergebnis sozialen Wettbewerb werden im Realo- und im linken Papier laufend genannt, aber nie konkret benannt! Auch keine Grenze, ab der das Ergebnis sozial oder unsozial ist, dafür das Ziel soziale Gerechtigkeit umso öfter nebelhaft strapaziert.

Das „linke“ Papier ist insgesamt klarer, fordert stärkere staatliche Steuerung, denn „sich selbst überlassen, sind die Marktkräfte oft Triebfeder für Umweltzerstörung, Ausbeutung und Ressourcenverschwendung.“

LISOS stimmen dem zu, wenn ergänzt würde „kapitalistische“ Marktkräfte und oft durch immer.

Im „kapitalistischen Markt“ diktieren GELDSTREIK- und BODENSPERMONOPOL, dass die Arbeitenden für Nutzung des unentbehrlichen Geldes und Bodens als Existenzgrundlage (Ernährung, Wohnen, Arbeiten (Betriebsgebäude) und Rohstoffe),– Geldzins und Bodenzins aus ihrem Arbeitsertrag in Preisen, Mieten und Steuern zahlen müssen. Kreditzinsen geben Unternehmen an die Verbraucher weiter, wenn sie nicht die Kaputtmake-Konkurrenz der „Großen“ in den Bankrott treibt, weil sie die Zinsen nur bei höheren Preisen aufbringen könnten, aber daran gerade durch deren Billigkonkurrenz gehindert werden.

Das ist nicht neu. Im spannenden Kapitel, Bd. III „Das Kapital“ wird „Unternehmergewinn und Zins“ aufgetrösel. Marx arbeitet dort an seiner Überwindung als Marxist (Mehrwerttheoretiker) und wandelt sich analytisch vom Produktions- zum Zirkulationssozialisten: Das Geld fordert ZINS „**vor und außerhalb des Produktionsprozesses**“ (Marx) und gibt diesen nur frei, wenn am Ende des Gesamtprozesses der Zins vom prozessierenden, also im Betrieb arbeitenden Unternehmerkapitalisten aus dem Gesamtprofit (Zins und Unternehmergewinn), der von den Arbeitern im Produktionsprozess als Mehrwert erarbeitet wird, an den Geldkapitalisten gehen. Dabei ist das nur die Folgerung aus der bereits in der einfachen Warenwirtschaft (Bd. I) beschriebenen (**möglichen Spaltung des Warenkreislaufes durch das (kapitalistische, d. Verf.) Geld.** Ohne drei dicke Bände bestätigte der von der RAF vor 30 Jahren ermordete Arbeitgeberpräsident Dr. Martin Schleyer dieses Grundgesetz des Kapitalismus: **GELDKAPITAL MUSS ANGEMESSEN BEDIENT WERDEN; SONST STELLT ES SICH DER WIRTSCHAFT NICHT ZUR VERFÜGUNG.**

In der auch vom „linken“ Papier mit stärkerer staatlicher Steuerung angestrebten grünen Marktwirtschaft, was an das auch von den Lisos mitgetragene **„Sindelfinger Programm“ (Anfang der 80er) erinnert, „so viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig“** wird u. a. **die Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften gefordert**, um darüber ein soziales Ergebnis der Marktwirtschaft zu erzielen. Nicht gesagt wird –ähnlich beim Realo-Papier - wo die Grenze liegen soll, etwa bei der von Helmut Kohl abgeschafften Vermögenssteuer? **Die tut doch den Kapitalisten nicht weh. Die zahlen sie doch gern (wieder) aus der Portokasse, um revolutionäre Strömungen zu ersticken**, - die haben doch auch nur die Funktion der Ruhigstellung linken Potentials. Geht die Besteuerung der Kapitalgewinne darüber hinaus – wobei in dem Papier nicht klar wird, ob das gemeint war? – dann wird es allerdings brenzlig. Willy Brandt und Prof. Karl Schiller sahen die Grenze bereits beim Hannover-Antrag, die Spitzen-Einkommenssteuer von damals 53 auf 56 % anzuheben und warnten auf dem Sonderparteitag 1972 sinngemäß: **Genossen, wollt Ihr die Belastungsgrenze des Kapitals erproben – das lähmt die Investitionsbereitschaft des Kapitals** – und damals kippte bereits die Vollbeschäftigung in die Dauerarbeitslosigkeit um. Also blieb schon rot-gelb nichts anders übrig wie 30 Jahre später rot-grün, **als sich verstärkt beim Kapital gegen ZINS zu verschulden, um an das für die „INNEREN REFORMEN“ nötige Geld heranzukommen.**

Lähmung der Investitionsbereitschaft des Kapitals – egal ob durch sinkende Renditen nach einiger Konjunkturzeit, dem „gesetzmäßigen“ tendenziellen Fall der Profitrate, oder durch höhere Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen – das ist der latent in der „kapitalistischen Marktwirtschaft“ drohende und so gefürchtete GELDSTREIK, der von konservativen wie linken Regierungen und Parteien so in ihrem Denken verinnerlicht wurde/wird, dass ALTERNATIVEN dazu nicht mehr erwogen werden – s. Joschka Fischer: „Es gibt keine Alternative zum Kapitalismus!“ in „Die Linke nach dem Kapitalismus“ (1992).

Solange GRÜNE die monetäre Machtbasis des Kapitalsystems, den jederzeit möglichen GENERALSTREIK des Geldes als unabänderlich hinnehmen, können sie nur in den engsten von der Kapitalmacht gezogenen Grenzen ökologischere und sozialere Pflöcke in das Kapitalsystem zu rammen und den ökosozialen Fortschritt Schritt um Schritt gegen stärkste Widerstände der betroffenen Kapitalfraktionen und des Gesamtkapitals durchsetzen. In einem System, dass aus „inneren Gesetzen“ unsozial und umweltzerstörend wirkt, und zwar weitaus schneller und im Umfang viel stärker als die grünen Reparaturkolonnen „mit verstärkten ordnungsrechtlichen Vorgaben“ gegen die „kurzsichtige Marktlogik“ nachkommen. Die Lisos sagen ja nicht, hört auf innerhalb des Systems so zu arbeiten und alles, was in Abschnitt 2 **„Grün wird der Markt nicht von allein“** und Abschnitt 3 **„Nur soziale Marktwirtschaft ist grün“** gefordert wird, **findet unsere volle Unterstützung, wie wir auch viele Details im Realo-Papier unterstützen.**

Natürlich konnte „noch keine Marktwirtschaft (kapitalistische müssen wir wieder hinzusetzen) es schaffen Arbeitslosigkeit dauerhaft zu lösen“ – „Deshalb ist Arbeitsmarktpolitik unverzichtbar“ Im System auf jeden Fall. – Oder aus Absatz4. „Global handeln“: Natürlich hat die „unsichtbare Hand des (kapitalistischen, d. Verf.) Marktes auf den internationalen Finanzmärkten Chaos geschaffen“, **was mit einer Devisenumsatzsteuer nicht allein zu regeln ist, aber in Kombination mit einem Geldrecht, das auch bei sinkender Profitrate und bei starker Vermögenssteuer die Investitionen erzwingt**, bei denen in unregulierter Geldwirtschaft das Geldkapital in Kapitalflucht - im Lande in Abwartestellung – oder in internationale Finanzspekulation ausweicht. **Und mit diesem Geldrecht, das einem Investitionszwang gleichkommt, das den Kapitalismus grundsätzlich aus den Angeln hebt und das Geld der Arbeit unterwirft, statt sie wie bisher zu beherrschen, – ist Arbeitslosigkeit überwindbar.** Ist die Machtstellung des Kapitals durch Umlaufgeld gebrochen, dann ist auch die ökologisch noch vertretbare Arbeit, die ja in jedem Fall ein Natur-eingriff ist, gerecht auf alle zu verteilen und auch die technologisch bedingte Arbeitslosigkeit zu beenden.

Wenn das Papier schließt durch politische Gestaltung **„Mehr aus dem Markt zu machen“**, so gehört in erster Linie ein der Arbeit dienendes Geld und ein ökologisches wie soziales Bodenrecht als Grundlage einer wirklich freien und sozialen wie ökologischen Marktwirtschaft ohne Kapitalismus dazu. **Liberalsoziale Grundreformen des Geld- und Bodenrechts machen bewusste ökologische und soziale Gestaltung der Politik nicht überflüssig, sondern möglich, denn sie setzen die Macht des Kapitals außer Kraft und lösen den Kapitalismus auf!**

Georg Otto, KV Hildesheim, Eckehard Hollmann, KV Stollberg, Michael Krenz, KV Niederschl. –Oberlaus. Liberalsoziales Büro, 31079 Eberholzen, Gänseberg 11 – Makil: alternative-dritter-weg@t-online.de

Was ist mit den Geldspritzen der Notenbank?

Zur augenblicklichen Krise auf den Internationalen Geldmärkten nimmt Helmut Creutz Stellung:

Notenbanken stützen Banken - Geldspritzen übersteigen 200 Milliarden - Banken horten Bargeld Solche und ähnlich lauteten Mitte August sich überschlagende Meldungen und Schlagzeilen! - Was hat sich wirklich abgespielt? Dass die Auslöser der Aufregungen die Immobilienkrise in den USA und die damit faul gewordenen Kredite waren, dürfte allgemein bekannt sein. Ebenso, dass in diese Immobilienkrise auch Finanzinstitute aus dem Euroland verwickelt sind, oft sogar über mehrere Zwischenstationen. Welche Rolle aber spielen die Notenbanken mit ihren Geldspritzen?

Zu den geldtechnischen Abläufen:

Das von den Notenbanken ausgegebene Zentralbankgeld - die Voraussetzung aller Geldgeschäfte in Wirtschaft und Gesellschaft - besteht aus dem in Umlauf gegebenen Bargeld und den Zentralbankgeld-Guthaben der Banken bei der Notenbank. Im Euroland sind diese ZBG-Guthaben mit den vorgeschriebenen Mindestreserven praktisch identisch. Damit die Banken diese Zwangsreserven nicht mit Bargeld aus den Einzahlungen der Sparer auffüllen müssen (wie in den 1960er und 1970er Jahren in Deutschland noch der Fall), leihen ihnen die Notenbanken heute dieses für Wirtschaft und Bankentätigkeit unverzichtbare Zentralbankgeld gegen hinterlegte Sicherheiten aus.

Von diesen ZBG-Guthaben können die Banken aber nicht nur bei Bedarf Bargeld abheben. Sie benötigen diese Guthaben ebenfalls zur Abwicklung aller banktechnischen Verrechnungen, auch für die Millionen täglicher Überweisungsvorgänge im Auftrag ihrer Kunden. Denn alle bankinternen Verrechnungen werden von den empfangenden Banken nur akzeptiert, wenn sie mit ZBG ausgeglichen werden. Das heißt, unsere Überweisungen vom Girokonto sind praktisch genau so gewichtig wie Bargeldzahlungen. Daran ändert sich auch nichts, wenn diese Überweisungs- und Endabrechnungsvorgänge heute innerhalb der Giro- oder Bankenverbände bereits vorab gegeneinander saldiert werden.

Wie groß ist die Geldmenge und wie wird sie geregelt? Damit man eine Größenvorstellung hat: Die ZBG-Menge - auch Geldbasis oder Basisgeld genannt - lag Ende Juni 2007 im Eurosystem bei 812 Milliarden Euro, in Deutschland bei 215 Milliarden. Mit 625 bzw. 171 Milliarden entfielen davon jeweils gut drei Viertel auf die Banknoten, der Rest auf die Guthabenbestände. Die von den Banken aufgenommenen ZBG-Kredite betragen zum gleichen Zeitpunkt im Eurosystem 435, in Deutschland 233 Milliarden Euro.

Diese ZBG-Kredite an die Banken werden zu rund einem Drittel für drei Monate ausgegeben, das Gros jedoch nur für jeweils 14 Tage. Da sich diese kurzfristigen Kredite in zwei Tranchen überlappen, wird in der Praxis jede Woche mehr als ein Drittel der gesamten Geldbasis wieder eingezogen und erneut herausgegeben. Dabei müssen die nachfragenden Banken jeweils ihre gewünschten Mengen und - unter Einhaltung eines vorgegebenen Mindestzinssatzes - ihre Zinsangebote nennen. Es findet also jede Woche eine Art Geld-Versteigerung statt, bei der die Notenbanken aus den Geboten der Banken Schlüsse für ihre weitere Geldpolitik ziehen können. Das gilt vor allem für die Mengen- und Leitzinskorrekturen. Auf der anderen Seite versuchen die

Banken, auf Grund der zu zahlenden Zinsen, ihre Kredite bei der Notenbank so gering wie möglich zu halten. Ebenso sind sie bestrebt alle Überschuss- und Fehlbeträge auf dem Geldmarkt, auf dem dieses Zentralbankgeld untereinander gehandelt wird, möglichst täglich auszugleichen. Die von der EZB den Banken zur Verfügung gestellte Zentralbankgeldmenge (ZBG) ist also auf den Minimumbedarf der normalen Vorgänge in der Wirtschaft abgestimmt.

Die Reaktion der Banken in Krisenlagen

Kommt es jedoch - wie im August der Fall - zu plötzlichen Zahlungsausfällen, versuchen alle Banken aus Vorsichtsgründen ihre knapp gehaltenen ZBG-Reserven fest zu halten oder sogar auszuweiten. Denn man weiß ja nie genau, wen und wie die faul gewordenen Kredite treffen werden. Das heißt, die Banken schieben Zahlungen auf und fahren auch ihre Kreditvergaben zurück, mit denen ja - direkt oder indirekt - wieder ZBG aus ihren Beständen abfließen würde. Mit solchen Zurückhaltungen wiederum werden die Refinanzierungsmöglichkeiten anderer Banken am Geldmarkt verringert, woraus sich sehr rasch eine Kettenreaktion entwickeln könnte. Als Folge steigen am Geldmarkt die Zinsen sehr rasch an. Zur Vermeidung der sich daraus ergebenden Gefahren stellen die Notenbanken dem Geldmarkt - wie jetzt geschehen - kurzfristig zusätzliches ZBG zur Verfügung.

Wie hoch waren die Geldspritzen der EZB?

Wie eingangs erwähnt, war manchmal von mehr als 200 Milliarden die Rede. Diese Summe kommt aber nur zustande, wenn man die zwischenzeitlichen Rücknahmen der Kreditspritzen außer acht lässt. Denn die nacheinander gewährten Kreditbeträge von 95, 61 und 48 Milliarden wurden jeweils nur für ein oder zwei Tage ausgereicht, mussten also sehr schnell wieder zurückgezahlt werden. Dabei wurde der verbleibende Fehlbedarf durch immer kleiner werdende Beträge ersetzt. Auf diese Weise konnten die Notenbanken Spannungen am Geldmarkt langsam abbauen.

Die Banken haben zwar auch die Möglichkeit jederzeit ihre Zentralbankguthaben zu überziehen und damit die Mindestreserven zu unterschreiten. Sie müssen jedoch diese Unterschreitungen bis zum Ende der jeweils laufenden vierwöchigen Mindestreserve-Periode wieder so auffüllen, das im Perioden-Durchschnitt das Soll erfüllt wird. Darüber hinaus haben die Banken auch noch weitere Möglichkeiten jederzeit an ZBG zu kommen. Allerdings nur zu einem Zinssatz, der einen Prozentpunkt über dem normalen Refinanzierungssatz von derzeit vier Prozent liegt. Um diese Mehrkosten zu vermeiden greifen die Banken - wenn überhaupt - nur in Ausnahmefällen

und fast nur für Übernachtskredite auf diese Möglichkeiten zurück. Die jetzt zusätzlich eingeräumten Geldspritzen wurden dagegen zu den Sätzen der normalen wöchentlichen Refinanzierungen ausgegeben, die bei knapp über vier Prozent liegen.

Gab es ähnliche Situationen schon einmal?

Geldspritzen wie in diesem August haben die Notenbanken bisher schon mehrmals den Banken zukommen lassen. So z. B. an dem berühmtem 11.9. 2001, aber auch bei der Ostasienkrise oder den Angriffen der Großspekulanten auf Pfund und Frank Anfang der 1990er Jahre. Die Notenbanken haben also die Möglichkeit, die Stockungen auf den Geldmärkten durch solche Einschüsse von ZBG kurzfristig auszugleichen und den Geldfluss in Bewegung zu halten. Mit dem Auslöser dieser Stockungen, nämlich den faul gewordenen und noch werdenden Immobilienkrediten, haben diese Geldspritzen aber nichts zu tun. Diese Verluste können nur von den Banken selbst aufgefangen werden, notfalls mit Hilfe ihres Eigenkapitals oder des Sicherungsfonds, den die Banken gemeinsam gefüllt haben. Reicht das nicht, würden staatliche Banken oder Kreditinrichtungen einspringen, wie kürzlich bei der IKB die Kreditanstalt für Wiederaufbau. Das heißt, auf diesem Wege würden letztendlich die Steuerzahler für die Verluste gerade stehen. Wer auf keinen Fall aber geradestehen soll, sind die Geldanleger, die über Jahre hinweg Zinsen bezogen haben. Sie könnten ja sonst erschreckt ihr Geld vom Markt zurückziehen, was sofort die Zinsen höher treiben würde!

Die Notenbanken haben also mit diesen Ersparnisbildungen und den daraus gewährten Kreditvergaben nichts zu tun. Sie müssen nur dafür sorgen, dass für alle diese Geschäfte jeweils genug Tauschmittel zur Verfügung stehen. Die Größen, auch bei gleich bleibender Geldmenge! der damit getätigten Geschäfte hängen dagegen von der Häufigkeit der Benutzung des Tauschmittels Geld ab, Das heißt, so wie die Umsätze in den Läden, können auch die Ergebnisse dieser Geldnutzungen bei den Banken, also die Ersparnis- und Kreditbestände, ständig weiter wachsen.

Ergänzungen zum vorstehenden Bericht über die akute Finanzkrise: Ganz nebenbei erfahren wir daraus auf der zweiten Seite. 2 rechts oben, dass es eigentlich die von vielen Ökonomen behauptete Kredit-Geldschöpfung der Banken aus dem Nichts gar nicht geben kann. Diese Frage ist ja auch unter Geldreformern strittig. Bei Bedarf können die gegensätzlichen Standpunkte durchaus in ALTERNATIVEN diskutiert werden. Hier nur dies: Helmut Creutz gibt die Einlagen der Bankkunden bei diesen derzeit mit 5.517 Mrd.€ an. Nach Abzug ihrer Reservehaltung gaben die Banken daraus an die Wirtschaft Kredite von € 4.824 Mrd. Die Kredite sind also „gedeckt“. Nach ihrer Rückzahlung durch die Kreditnehmer können die Banken ihren Kunden das Geld für dann benötigte Anschaffungen zurückzahlen. So in groben Anmerkungen der Zusammenhang von Sparen und Schuldenmachen.

Für das eigene Wissen und die Gewinnung eines Standpunktes in Wirtschaftsfragen sind die Bücher von Helmut Creutz sehr nützlich. Unentbehrlich werden sie für alle, die in politischen Auseinandersetzungen bestehen müssen. Da kann man immer schnell nachschlagen und nötige Argumente finden. Es sind dies sein Grundlagenbuch „**Das Geldsyndrom**“. Es erklärt auf 625 S. die Zusammenhänge und kostet als Taschenbuch € 19,-. Leicht verständlich, und an 29 immer wieder auftauchenden Fragen wie Irrtümern aufgebaut, erschienen in jüngster Zeit „**Die 29 Irrtümer rund ums Geld**“ mit festem Einband, 303 S. zu € 25,- Es sind noch zwei kleine Schriften lieferbar: „**Wir brauchen ein neues Steuersystem, es muss gerecht und zukunftsfähig sein**“. Mit 12 Seiten DIN A4 und illustriert kostet es € 2,-, 5. Ex. € 6,-, 10 Ex. € 8,- und 20 Ex. € 12,-. Immer höchst aktuell sind die „**Wirtschaftlichen Triebkräfte von Rüstung und Krieg**.“, 40 S. € 3,-. Das Video von und über Helmut Creutz aus Anlass seines 75-jährigen Geburtstages „**Gerechtes Geld – gerechte Welt**“ gibt es zu E. 12,- noch in einigen Exemplaren. Es ist geeignet für Vorträge in kleineren Kreisen. Sinnvoll ist es nach einem Durchgang die Inhalte in drei Abschnitten – auch über mehrere Abende zu besprechen. Alle Titel gibt es bei ALTERNATIVEN, 31079 Eberholzen, Gänseberg 11, Mail-Adresse: alternative-dritter-weg@t-online.de: Alle Preise enthalten Versandkosten.

Auf diese Weise sind die Einlagen der Bankkunden in Deutschland von 15,4 Milliarden 1950 auf 5.517 Milliarden Euro 2005 angestiegen, und die daraus gewährten Bankkredite von 14,4 auf 4.824 Milliarden, also auf rund das 350-fache! Das von der Bundesbank ausgegebene Zentralbankgeld - also Bargeld und Guthaben bei der Bundesbank - stieg dagegen in den 55 Jahren von 5,1 auf 186 Milliarden Euro an und damit „nur“ auf das 37-fache an!

Diese Scherenöffnung zwischen Geldversorgung und der Entwicklung der Geldvermögen, die hauptsächlich durch die ständig positiven Zinsen bedingt ist, könnte den Notenbanken bei der Beherrschung von Krisen zunehmend Schwierigkeiten bereiten. Denn ihr "Hebel", die tatsächliche Geldmenge, wächst ja "nur" im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung und wird damit im Verhältnis zu den Geldvermögen und den Geschäften auf den Finanzmärkten relativ immer kleiner! Das heißt, die Notenbanken werden eines Tages als Nothelfer überfordert sein. Bremst man diese Eskalation der Geldvermögen nicht endlich ab, müssen also mit jeder Krise die Kollapsgefahren für das gesamte Finanzsystem zwangsläufig zunehmen.

Und die Rolle des Bargeldes in Krisensituationen?

Die Einzigartigkeit des Bargeldes wird in Krisenlagen besonders deutlich, denn es ist das einzige Zahlungsmittel, das seinen Wert behält, auch bei noch so vielen faul werdenden Krediten. Es hat also direkt mit diesen Krisen nichts zu tun. Trotzdem war auch die Meldung unzutreffend, dass die Banken mit Hilfe der Notenbank-Geldspritzen "Bargeld horten" würden. Vielmehr halten die Banken ihre Bargeld-Kassenbestände immer so gering wie möglich. Denn Bargeld in der Kasse ist nur „totes Kapital“ das außerdem - da von der Notenbank geliehen - noch Zinsen kostet.

Zu einer Vermehrung der Bargeldmenge käme es nur dann, wenn die Endverbraucher auf solche Krisen mit verstärkten Bargeldhaltungen in Vorsichtskassen reagieren würden. Für die Banken wäre diese Mehrnachfrage der Bankkunden nach Bargeld also lediglich ein durchlaufender Posten, der ggfs. allerdings Ausweitungen der ZBG erforderlich machen.



Ganz in der Tradition von Adam Smith (1723 -1790), des Begründers der modernen Nationalökonomie, werden immer noch Kapital, Arbeit und Boden von der herrschenden Wirtschaftswissenschaft als die bestimmenden Produktionsfaktoren angesehen. Auch der im 19. Jahrhundert entstandene Marxismus hat sie zur Grundlage. Die Grundgedanken dieser Lehre sind die folgenden: Es gibt nicht ein Subjekt, sondern drei Subjekte der Wirtschaft, Produktionsfaktoren genannt, die nebeneinander in gleicher Weise Produktionsleistungen erbringen: Arbeit, Boden und Kapital. Nach dem Verhältnis der Produktionsleistungen wird bei freier Konkurrenz der große Kuchen des Sozialproduktes unter die drei Produktionsfaktoren verteilt: die Arbeit erhält den Lohn, der Boden den Bodenzins (Grundrente) und das Kapital den Kapitalzins. Die Produktionstätigkeit des Faktors Boden sieht diese Lehre darin gegeben, dass ohne Boden eine Produktion überhaupt nicht möglich sei. Die Produktionstätigkeit des Kapitals leitet sie davon ab, dass der Produktionserfolg ganz wesentlich von der Art und Beschaffenheit des Kapitals abhängt.

Die Widerlegung dieser Lehre: Der Lehre von den drei Produktionsfaktoren ist folgendes entgegenzuhalten: Bei keiner anderen menschlichen Tätigkeit wurde jemals ein derartiger Schluss gezogen. Ohne Flöte kann man nicht flöten. Wer würde daraus schließen, dass nicht nur der Flötenspieler, sondern auch die Flöte flötet, dass beide gemeinsam Flöte spielen? Mit Sicherheit niemand. Die Flöte ist eben Musikinstrument und nicht Musizierende, so wie der Boden eben Produktionsmittel und nicht Produzent ist.

Was das Kapital betrifft, so wurde aufgrund der Tatsache, dass ein und dieselbe Tätigkeit je nach den Arbeitsumständen und je nach den eingesetzten Hilfsmitteln sehr unterschiedliche Ergebnisse schafft, auf keinem Gebiet menschlicher Tätigkeit jemals der Schluss gezogen, dass jene Umstände oder Hilfsmittel eigene Leistungen verrichten. Auf einem angelegten Gehweg kommt man rascher vorwärts als auf einem Feldweg. Was würde man dazu sagen, wenn jemand auf Grund dieser Tatsache erklären wollte, man müsse zwischen der Geheleistung des Menschen und der Geheleistung des Weges unterscheiden? Niemals hat jemand behauptet: der Mensch geht und der Weg geht, beide gemeinsam legen in der gleichen Zeit eine größere Strecke zurück als der Mensch allein. Oder der Mensch sieht und das Fernrohr sieht, beide sehen gemeinsam weiter. Jeder wird anerkennen, dass es ausschließlich der Mensch ist, der flötet, geht und sieht. Keiner würde der Flöte eine musikalische Leistungen, dem Weg eine Geheleistungen und dem Fernrohr eine Sehleistungen zusprechen. Nur beim Produzieren soll das gelten, was bei allen anderen Tätigkeiten selbstverständlich nicht gilt: man spricht den Produktionsmitteln Boden und Kapital Produktionsleistungen zu.

Danach ist schon der erste Grundgedanke der Lehre von den drei Produktionsfaktoren völlig verfehlt. Die schlichte Tatsache ist die, dass das Produzieren eine Tätigkeit ist und dass die Produktionsmittel Boden und Kapital keine Tätigkeit verrichten können. Weder der Boden noch das Kapital können für sich allein ein Wirtschaftsgut zu erzeugen. Die ungeerntete, wild wachsende Brombeere ist noch kein Wirtschaftsgut. Sie wird es erst durch die menschliche Tätigkeit des Sammelns. Auch eine vollautomatische Maschine muss angestellt werden.

Welche Leistung erbringen Grundbesitzer und Kapitalist zur Produktion? Nach dem Verhältnis der

Produktionsleistungen wird das Sozialprodukt auf die drei Produktionsfaktoren aufgeteilt. Also nicht nur der arbeitende Mensch, auch der Boden und das Kapital erhalten einen Anteil am Sozialprodukt. Hier entsteht die Frage, was mit den Ertragsanteilen geschieht, die dem Boden und dem Kapital zufallen. Boden und Kapital sind ja keine Lebewesen und haben daher auch keine Bedürfnisse. Der Zweck alles Wirtschaftens ist aber die Befriedigung von Bedürfnissen. Um diese Ungereimtheit zu erklären, kam man auf die Idee der Doppelverteilung: es wurde die „funktionelle“ Verteilung (Verteilung nach dem Wesen des Ertrages) und die „personelle“ Verteilung (Verteilung nach der Person, die den Ertrag erhält) unterschieden. Bei dem Produktionsfaktor Arbeit decke sich die personelle mit der funktionellen Verteilung. Der Arbeiter erhalte das Produkt seiner Arbeit. Nicht einmal das trifft zu. Der Arbeiter erhält nicht „das Produkt seiner Arbeit“, sondern den Lohn. Was sollte denn der Tischler einer Möbelfabrik mit den Tischbeinen anfangen, die er fräst?) Bei den Produktionsfaktoren Boden und Kapital weiche die personelle von der funktionellen Verteilung ab. Dem Wesen des Ertrages nach erhalten Boden und Kapital, der Person nach die Eigentümer der Produktionsfaktoren das Produkt. Man brachte also das Kunststück fertig, mit ein und demselben Stück des Kuchens sowohl den Boden als auch den Grundbesitzer, und sowohl das Kapital als auch den Kapitalisten zu beteiligen.

Nun ergab sich aber eine weitere Schwierigkeit. Es musste begründet werden, wofür Arbeiter, Grundbesitzer und Kapitalist ihr Einkommen beziehen. So war man bemüht, den Boden- und Kapitalzins sozial-ethisch zu rechtfertigen. Dazu bedurfte es des Nachweises, dass Boden- und Kapitalzins vom Grundrentner und Kapitalisten nicht ohne Gegenleistung bezogen werden. Dies setzt wieder voraus, dass ein Produktionsfaktor vorhanden ist, der diese Gegenleistung erbringt. Für Menschen, die arbeitenden, trifft diese Voraussetzung ohne weiteres zu. Sie sind tätig, verrichten Arbeit, erbringen also Produktionsleistung und erhalten dafür den Lohn. Anders sieht es beim Boden- und Kapitalzins aus. Hier ist kein Produktionsfaktor, der die Gegenleistung verrichtet, auszumachen. So macht man aus Boden und Kapital einfach Produktionsfaktoren und erklärt, Bodenbesitzer und Kapitalist erhielten den Boden- und Kapitalzins als

„Vergütung“ für ihre „Leistung“. Das ist die erste Vergewaltigung der Wirklichkeit.

Grund- und Kapitaleigentümer, die selbst keine Tätigkeit verrichten, erbringen keine Leistung zur Produktion. Richtig ist vielmehr, dass beide nur die Erlaubnis zur zeitweiligen Benutzung ihres Kapitals bzw. Bodens erteilen. Für diese Erlaubnis können sie sich einen Preis - eben den Zins - bezahlen lassen, weil sie als Eigentümer berechtigt sind, jeden anderen von der Benutzung ihres Eigentums auszuschließen.

Da die Gleichstellung der Produktionsmittel Boden und Kapital mit dem Menschen denn doch Bedenken erregen musste, so war man bestrebt, in umgekehrter Richtung den Menschen zu entpersönlichen, um ihn leichter an die Produktionsmittel anzunähern, indem man anstelle des arbeitenden Menschen „die Arbeit“ als Produktionsfaktor hinstellte. Das ist wieder eine Vergewaltigung der Wirklichkeit, denn „die Arbeit“ verrichtet keine Produktionsleistungen, sondern die Arbeit wird vom Arbeiter verrichtet und in eben dieser Verrichtung besteht die Produktionsleistung.

All das kann jedoch nicht die einfache Wahrheit verdecken, dass Kapital- und Bodenzins ohne Gegenleistung der Kapital- und Bodenbesitzer bezogen werden und somit arbeitsloses Einkommen darstellen. Damit stürzt die ganze Lehre von den drei Produktionsfaktoren in sich zusammen.

Aus der Tatsache, dass nur der Mensch arbeitet und alleine produziert, leitet die Freiwirtschaft ab, dass der Arbeitsertrag ungekürzt den Arbeitenden zufließen muss. Dies ist für die Freiwirtschaft wirtschaftliche Gerechtigkeit, das erste ökonomische Grundrecht. Wir nennen dies das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, worunter man den nicht durch Zins verkürzten Arbeitsertrag versteht.

Wie sieht es nun aus mit dem Recht auf den vollen Arbeitsertrag? Zunächst eine kleine Begriffsklärung: Wir unterscheiden Arbeitserzeugnis, Arbeiterlös und Arbeitsertrag.

Als **Arbeitserzeugnis** bezeichnet man das, was Menschen in der Wirtschaft erzeugen.

Als **Arbeiterlös** das, was sie beim Verkauf für ihr Arbeitserzeugnis an Geld Erlösen (für diejenigen, die gegen Entlohnung arbeiten, sind Arbeitserzeugnis und Arbeiterlös im Endergebnis dasselbe).

Als **Arbeitsertrag** die Warenmenge, die man für den Arbeiterlös auf dem Markt einkaufen kann.

Im zinsbasierten Kapitalismus wird den Arbeitenden ein erheblicher Teil ihres Arbeitsertrages - etwa ein Drittel bis die Hälfte, je nach Zinshöhe - vorenthalten. Gelänge es, das Recht auf den vollen Arbeitsertrag zu verwirklichen - d.h. alle erhielten ihren vollen, nicht um Zins und Rendite geschmäleren Lohn (einschließlich der Unternehmer!) dann wären wir so weit wie noch nie darin gekommen, die soziale Frage zu lösen. Das zwanghafte Auseinanderdriften von Arm und Reich, Ausbeutung und Unterdrückung hätten ein Ende.

Die Zahl der Gesetzgeber, Reformer, Parteien und Programme, welche die soziale Frage zu lösen versuchten, ist Legion. Sie sind bisher alle gescheitert. Ihre Bemühungen konnten leider nicht zum Ziele führen, da ihnen die versteckte Ursache des Übels nicht oder nur unvollständig bekannt waren. Mit dem guten Willen allein ist es hier eben nicht getan. Seit etwa 100 Jahren sind durch die Lehre Silvio Gesells die Zusammenhänge nun allerdings klar und offensichtlich. Damit ist die Möglichkeit zur Lösung der sozialen Frage gegeben.

Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag verwirklichen heißt nun nicht, die Ausbeutung der Menschen durch andere Menschen in jedem einzelnen Falle völlig auszuschließen. Dies ist angesichts der Vielfalt der persönlichen Anlagen, Fähigkeiten und Eigenschaften praktisch unmöglich. Das unveräußerliche Recht auf den vollen Arbeitsertrag verwirklichen heißt vielmehr, der Ausbeutung die heutigen Voraussetzungen im Hinblick auf die Gesamtheit aller Arbeitenden zu entziehen. Der Grundsatz der wirtschaftlichen Gerechtigkeit ist erfüllt, wenn die Arbeit die einzige Einkommensquelle bildet. Nach der Auffassung von Gesell ist der volle Arbeitsertrag in dem Augenblick

verwirklicht, in dem bei völliger Freizügigkeit und freiem Wettbewerb das arbeitslose Einkommen aus Kapitalzins auf Null gesunken, der künftige absolute und relative Zuwachs an Bodenzins der Allgemeinheit zugeführt und Differenzgewinnen die Grundlage entzogen ist.

Ausblick: Die ganze Lehre von den drei Produktionsfaktoren dient nichts anderem als der sozial-ethischen Rechtfertigung des Zinses und damit den Interessen der Besitzenden, und die Wirtschaftswissenschaft tritt, solange sie sich zu dieser Lehre bekennt, als Hüterin persönlicher Interessen auf. Das ist der schwerste Vorwurf, den man einer Wissenschaft machen kann. So lange Kapital- und Bodenzins als eine Belohnung für eine angebliche Produktionsleistung des Kapitals und des Bodens angesehen wird, kann kein Wirtschaftswissenschaftler zugeben, dass beide Zinsarten Monopolen entspringen. Denn das eine schließt das andere aus. Solange die Lehre von den drei Produktionsfaktoren vertreten wird, kann sich die Erkenntnis vom wahren Ursprung des Kapital- und Bodenzinses nicht Bahn brechen, können die Reformen, die auf Überwindung der Zinswirtschaft durch eine wirklich freie, entmonopolisierte, daher ausbeutungslose und soziale Marktwirtschaft hinzielen, nicht in umgesetzt werden.

Der Aufsatz basiert auf Otto Valentin „Die Überwindung des Totalitarismus“, Hugo Mayer Verlag 1952, und Otto Conrad „Die Todsünde der Nationalökonomie“, Leipzig/Wien 1934 und wird aus der HWP-Zeitung FORUM von ALTERNATIVEN übernommen und verbreitet: 31079 Eberholzen, Gänseberg 11, Mail: alternative-dritter-weg@t-online.de.

Die Parteienlandschaft ist in Bewegung geraten und was hat das mit der NWO-Strategie und mit A3W und HWP zu tun?

Mit dem Zusammenschluss von PDS und WASG zur DIE LINKE, waren Änderungen in der Parteienlandschaft zu erwarten, die sich bereits in Zahlen manifestierten. In Bremen übersprang DIE LINKE bereits 5%. In Hamburg ist das mehr als sicher. In Baden-Württemberg deuten Umfragen bereits auf 6% und in Niedersachsen auf 4% hin.

Dabei wird die SPD gebeutelt. Die WASG kam vor allem von dort. Auch GRÜNE müssen mit Einbußen rechnen. Unzufriedene Friedensleute, Ökologen, u.a. wählten noch grün, weil es keine Wahl-Alternative gab: Zwar besteht keine Klarheit über den Kurs der LINKEN. Eine nicht zu kleine Strömung in der PDS wollte eine sozial geläuterte „Marktwirtschaft“, der auch schon linke GRÜNE huldigen, wobei sie nicht sehen wollen (?) dass diese „Marktwirtschaft“ eben kapitalistisch ist. – Dennoch übt der Zusammenschluss eine Sogwirkung aus. Das zeigt sich an Eintritt in DIE LINKE und in Umfragen: Um Jahresbeginn lag DIE LINKE bei 9-10%, jetzt 11-12%. Die SPD rutscht immer stärker unter 30%. DIE GRÜNEN verloren 1-2% und liegen nur noch bei 9-11% - in Niedersachsen bei 9%, wo sie sich ihr Wahlziel von 10% Plus Ende Januar 2008 wohl abschminken dürften.

Bedenklich wird das für die SPD im Osten, bes. in Sachsen, wo sie mit ca. 10% zwar in die Regierung mit der CDU rutschte, auch weil es die Wahlmathematik so wollte. Gefährlich kann es im Osten für DIE GRÜNEN werden. Außer in Sachsen liegen sie unter 5% und in Sachsen reichte es mit 5,1% knapp zum Einzug in den Landtag. Auch kleine Verluste für GRÜNE im Osten, **könnten** dort zum Nachdenken führen, dass dort bei ca. 20% Arbeitslosen mit Ökologie allein die Stellung nicht zu halten ist. Gerade dort war die LINKE schon zu PDS-Zeiten zweitstärkste Partei! – Sie dürfte jetzt verstärkt Stimmen aus dem SPD-Lager und einige aus den GRÜNEN holen, die ausreichen könnten, GRÜNE in Sachsen aus dem Landtag zu wählen. Das sind Überlegungen auf Grund jetziger Stimmungen, die sich durch Einflüsse ändern können, die im Moment keine Rolle spielen. Z.B. versuchen DIE GRÜNEN ihr Ansehen in der Friedensbewegung wieder zu festigen. So setzten Kreisverbände einen Sonderparteitag durch, der die grüne Haltung zur Fortsetzung der Beteiligung in Afghanistan entscheidet. Es ist kaum damit zu rechnen, dass es eine Mehrheit für militärischen Ausstieg gibt und eine halb und halb-Entscheidung dürfte ihr Ansehen unter Friedensbewegten kaum fördern.

Was bedeutet das in Sachsen für Liberalsoziale sowohl in den GRÜNEN – als auch in A3W ALTERNATIVE DRITTER WEG und HWP- HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI. HWP und A3W kamen dort überein gemeinsam die Europa- und Bundestagswahl –BTW- vorzubereiten.. Das Andauern der Krise – trotz jetzigem „Zwischenhoch“ - kann es erleichtern für die NWO, Natürliche Wirtschaftsordnung, mehr Gehör zu finden, so dass bei Wahlbeteiligung **die Bekanntheit der NWO größer wird und die Ergebnisse von 0,1% im ersten Anlauf an steigen.** Dazu reichen die Kräfte von A3W z.Zt. nicht, zumal viele NWOler unpolitisch sind. Das erklärt die geringe Resonanz der A3W-Strategie, zumal NWO-Zeitungen kaum strategische Diskussionen führen, so dass viele NWO-Anhänger sie nicht kennen. **Mit der HWP ist es schon jetzt machbar!**

Bisher war ein Bündnis von A3W und HWP, früher FSU, wegen dortiger rechter Tendenzen nicht möglich. Mit der Umbenennung in HWP schieden Träger dieser Tendenzen, oder die sie stützten, aus. Damit wurde der Weg für eine Annäherung frei. Hinzu kam, dass vor 1 Jahr ein Generationenwechsel stattfand. Junge Leute von 20 bis 50 Jahre kamen neu in die HWP, ca. 1/3 der Gesamtmitglieder, und bilden den neuen Vorstand. Dieser ist nicht gewillt, sich rechts verorten zu lassen. Das sichert, dass die HWP Diffamierungen von links außen, sie sei rechts, aktiv entgegentreten kann. **Und das wiederum ist eine Voraussetzung, dass sie sich im Lager der politischen Linken, der linken Christen und Linkliberalen bis weit in die Mitte, aber auch unter Wertkonservativen positiv als die politische Alternative bekannt machen kann. Diesen Prozess durch Mitarbeit und Mitgliedschaft zu fördern, ruft A3W und ALTERNATIVEN Mitglieder und Leser auf.** Wir wissen, dass die sozialen Bedingungen vielen Doppelmitgliedschaften erschweren. Wer damit finanziell in der Klemme ist, wende sich an uns und wir verzichten auf A3W-Beitrag oder Abo für ALTERNATIVEN. **Es ist uns wichtig, dass die Linie des jetzigen Vorstands der HWP durch stimmberechtigte Mitglieder aus A3W/ALTERNATIVEN u.a. NWO-Gruppen gestärkt wird**

Weil die frühere FSU keine klare Trennung nach rechts zog, vor der Berliner HWP habe ich das ausführlich vorgetragen, konnte die extreme Linke dies immer wieder erfolgreich nicht nur links, sondern bis weit in die linke Mitte verbreiten. Darin liegt ein Teil der Erfolglosigkeit der FSU – aber auch der NWO-Gesamtbewegung mit begründet. Es liegt im Interesse aller NWO-Anhänger und Organisationen, dass sich die HWP davon frei kämpft und das ist zu unterstützen!

Was kann sich aus den schon skizzierten Entwicklungen zunächst in Sachsen ergeben? Eine von rechten Tendenzen freie HWP kann Partner von Parteien werden, mit denen inhaltliche Annäherungen vorliegen, was mit GRÜNEN dann größer wird, wenn sie sich unter Druck einer Abwahl aus dem Landtag stärker den Anträgen der LIBERALSOZIALEN in den GRÜNEN öffnen und wenn andererseits die HWP von Wahl zu Wahl stärker wird. Bei der nächsten Landtagswahl -LTW (2009) gibt es für GRÜNE noch keine Konkurrenz der HWP, sondern vor allem der LINKEN. Die Gesetze zu LTWs sind oft schwieriger zu erfüllen, als zur Europawahl (4000 Unterschriften bundesweit)- und zur Bundestagswahl (ca.2000 Unterschriften je Bundesland je nach Größe) Diese finden auch 2009 statt. Für eine Europaliste im Frühjahr 2009 und für die BTW im Herbst 2009 sind möglichst Unterschriften für viele Bundesländer zu sammeln, um die Ausgangslagen festzustellen, von denen in Richtung 5% aus systematisch aufzubauen ist, wozu sehr viele Helferinnen und Helfer gebraucht werden – die sich schon jetzt melden können!

Warum ist für A3W Sachsen der Schwerpunkt? Einmal weil wir uns nicht verzetteln können. Zum anderen haben HWP und A3W in Sachsen annähernd gleich viel Mitglieder und Leser ihrer Zeitungen (HUMANWIRTSCHAFT und ALTERNATIVEN) und auch andere NWO-Gruppen wie INWO und CGW sind – alle zusammen **relativ gut** vertreten, nämlich zur geringeren Wählerzahl als in den großen Ländern im Westen. So sind in Sachsen durch konzentrierte Arbeit schon in einigen Jahren mehr Prozente und ein größeres politisches Gewicht im Lande zu erarbeiten. Auch bestehen zu dem möglichen Partner DIE GRÜNEN schon jetzt gute Beziehungen, weil es in mehreren Kreisverbänden NWO-Anhänger oder Sympathisanten gibt, so dass die NWO dort, wieder in Relation zur Gesamtstärke der GRÜNEN, nicht schlecht vertreten ist. Und je nach Entwicklung könnten beide, A3W/HWP einerseits und GRÜNE ein gutes Gespann für eine dauerhafte Präsenz im Landtag abgeben. Georg. Otto

Zur Diskussion um GRÜNE MARKTWIRTSCHAFT nahm Michael Krenz auf Landestreffen der Grünen in Sachsen Stellung und wies dabei auch auf das Zinsproblem hin:

Kapitalismus heißt: Kapital muss immer und zuerst bedient werden.

Lt Wirtschaftsmeldungen der Tagespresse und der ARD/ZDF-Nachrichten Ende Mai scheffelte die Deutsche Bank im 1. Quartal 2007 eine Rendite von 41% ein. Für einen geliehenen Euro erhält der Kreditgeber 1,41 € zurück – **wofür eigentlich?** Haben die Aktionäre, haben die Angestellten der Deutschen Bank, haben die Fondsmanager die kreativen Ideen für neue Produkte und Dienstleistungen gehabt und diese im Schweiß ihres Angesichts realisiert? Nein! Warum dann 41 Cent zusätzlich für den geliehenen Euro zurück? Was sonst hätte der Geldgeber mit seinem von ihm nicht benötigten Euro denn machen können? Diesen essen oder trinken oder sich daran wärmen - sich daran ergötzen?

Der Ruf nach Regularien für die Globalisierung, für Hedge-Fonds, für die Wirtschaft, für den Markt wird immer öfter, immer hörbarer vorgetragen. Welche Regularien sollten es sein: Das Welthandelsabkommen, die WTO - ein Segen für indische Baumwollbauern und afrikanische Milchbauern?

Die Weltbank mit ihren Auflagen bei Kreditvergaben – ein Segen für Afrika und Lateinamerika?

Nationale-, EU- und internationale Kartellbehörden, welche mit Untersuchungen (wenn überhaupt) oft erst nachdem Absprachen und Korruption die Maximal-Rendite und den Extraprofit eingespielt haben, reagieren. Strafen – sind für internationalen Konzerne peanuts. Diese bezahlen sie aus der Portokasse. Die Folgen sind:– the same procedere as every year – es läuft alles im alten Stil weiter.

Und dem deutsche Modell der betrieblichen Mitbestimmung begegnet Siemens mit „Was kostet eine Gewerkschaft? Die dortigen Korruptionsskandale brachten an den Tag, wie dort gewirtschaftet wird.

Auf der Suche nach den Zügeln, nach einem Regulativ für diesen real existierenden, Ressourcen fressenden, Armut, Not, Elend und Kriege produzierenden Kapitalismus wird **das entscheidende Regulativ**, welches als Grundvoraussetzung diesen Turbo-Kapitalismus erst ermöglicht hat

- **nein, nicht links liegen gelassen - sondern auch von den Grünen völlig außer Acht gelassen –**
- **nämlich das liebe Geld!**

Dabei ist nicht das Geld als Tauschmittel an sich der Schuldige, nein! – Sondern die von uns dem Geld auferlegten - nicht gottgegebenen - Wirkmechanismen und Regularien des Zinseszinses sind es, die uns zwingen einen Vernichtungsfeldzug gegen uns und unsere Lebensgrundlagen zu führen.

Das Geld ist eine öffentliche Einrichtung, die es im Interesse der Menschen und einer nachhaltigen Gemeinschaft umlaufsicher zu regeln gilt. Daraus kommt es an!

Nicht die Menschen müssen global zu Dienern des Kapitals werden.

Nein, das Kapital hat den Menschen zu dienen – weltweit!

**Erst dann wird Marktwirtschaft Grüne Marktwirtschaft – ökologisch,
sozial, nachhaltig !!!**

Soweit Michael Krenz. Zu den Diskussionen in den GRÜNEN bitte unsere Sondertexte in der Heftmitte anfordern, selbst kopieren und sie an grün orientierte Menschen, Mitglieder und Funktionsträger in Gemeinden und Kreisen weitergeben! In den vorigen ALTERNATIVEN veröffentlichten wir die Antwort der LISOS, der Liberalsozialen in den GRÜNEN, zum Papier der grünen REALOS, in dem nur in Nebenfunktionen der Zins behandelt wird, aber nicht in seiner Verantwortung für arm und reich, für Wirtschaftskrisen, Umweltzerstörung durch zinsbedingten Wachstumszwang oder gar für weltweite Rüstung und Kriege. Im Papier der linken Grünen kommt der Begriff Zins ebenso wenig vor wie die Begriffe Kapitalismus oder gar Sozialismus.

Die GRÜNEN vor Ort sollten auch für REGIO-Geld interessiert werden. Vielfach sitzen sie in Stadt- oder Kreistagen und können dort Anträge stellen. Dafür eignet sich bes. der Text zu Wörgl in dieser Ausgabe. Er kann kopiert oder in größeren Mengen bei uns bestellt werden. Auch lassen sich mit Hilfe der Texte und unserer Bildserie zu Wörgl leicht kleine Diskussionen organisieren und Bürger für das „Wunder von Wörgl und seine mögliche Übertragung auf heute gewinnen.“

Mit Zuckerbrot und Peitsche

-- Willkommen in der modernen Sklaverei --



Detlef Quart

Mit seinem Buch „**Zuckerbrot und Peitsche**“ –

„Willkommen in der modernen Sklaverei“ stellt der nun 41jährige und in Frankfurt/Oder geborene Detlef Quart sein erstes umfassendes Werk zum Thema Freiwirtschaft vor. Vielen dürfte er schon vor geraumer Zeit durch seine frischen Artikel in

der Zeitschrift „HUMANWIRTSCHAFT“ aufgefallen sein, so dass es nur konsequent war, diese in aktualisierter Form auf 180 Seiten Papier zu bringen.

Fernab vom Fachkauerwelsch kann Detlef Quart in einfachen Worten, manchmal etwas zu lehrerhaft, die Thematik sehr gut vermitteln. Seine Zielgruppe ist die gesellschaftliche Mitte. Als würde man in einen Spiegel schauen, zeigt er, bis in welchen kleinsten Winkel unseres Daseins das kapitalistische Zinssystem seine negativen Auswirkungen hat.

Sein Buch ist in fünf große Abschnitte gegliedert: **Das Betrugssystem** mit den vier Regeln des Kapitalismus und der Hinterfragung der uns ständig angemahnten Arbeitsideologie: „...sonst bräche die Welt zusammen, wenn die Leute erst ausschlafen würden, bevor sie ans Werk gingen.“ Uns werden also permanent Schuldgefühle impliziert, wenn man nicht von früh bis abends der „heiligen Maloche“ huldigt. Dabei hat auch das Nichtstun durchaus seine Berechtigung. Und auch den Arbeitslosen rät er im Kapitel **Persönlichen Krisen** diese Phase als „persönliche Entwicklungschance“ zu nutzen. Rückbesinnung auf das Wesentliche. Arbeitslos ist eben nicht gleich Beschäftigungslos. Man spürt, wie er hier seine psychologischen Erkenntnisse – er absolvierte eine Ausbildung am „Institut für psychologische Astrologie“ in Hannover, aber wohl auch sehr persönliche Erfahrungen hat einfließen lassen. Hat sich das „Arbeitsstier“ dann doch mal ausgepowert zeigt uns Quart in einem amüsanten Dialog zwischen Arzt (hier „Reparaturmeister“) und Patienten (hier „Arbeitsstier“) die Geschäftemacherei an Kranken, die Macht der Schulmedizin und die der dahinterstehenden Pharmakonzerne. Wären die Krankenzimmer nicht weniger voll, wenn die Menschen nicht so unter Druck wären? Auch hier kann er wieder die Zinswirtschaft als Leistungspeitsche und damit als Ursache für die entgleisenden, gesellschaftlichen Entwicklungen entlarven.

Unseren politischen „Wachstumsfetischisten“ sei das Kapitel **Die Wachstumskrise** empfohlen (besser natürlich das ganze Buch). Dass sich unsere Eliten langsam mit

„Wirtschaftssicherungsverordnungen“ (=Notstandsgesetzen), Online-Überwachungen, Gen-Datenbanken, RFID-Chips u.s.w. in Stellung bringen, kann man täglich in den Zeitungen nachlesen. So prescht nicht nur Innenminister Schäuble immer wieder unter dem Deckmantel der „Terrorbekämpfung“ vor nach dem Motto „Verlange Vier, bekommst du Zwei“ (Überwachungsgesetze). So werden die Zinssklaven an einer „unsichtbaren Kette“ gehalten, falls sie ja mal ihren Verstand benutzen sollten und die Nebelkerzen der gekauften Medien im Nichts verrauchen. Die gesellschaftlichen Ungleichgewichte werden sich unbestritten zunehmend aufschaukeln. Wie sich der Staat dafür wappnet erklärt Quart ausführlich im Kapitel **Zurück in die Zukunft**.

Ein Bonbon im Buch ist die fiktive Wahlkampfveranstaltung der „Weißen Malocherpartei“, deren Spitzenkandidat Hans-Hermann Ochsentreiber kein Blatt vor den Mund nimmt. Parallelen zur Wirklichkeit sind nicht zu übersehen.

Und last, but not least zeigt uns Detlef Quart den Ausweg aus dem ganzen Schlamassel. Die **Reform des Geldsystems** würde die ganze Gesellschaft entschleunigen. Die Geldreform ist zwar nicht alles, aber ohne sie ist alles nichts. Leider ist dieses Kapitel etwas zu kurz gekommen, aber was will man auch über so eine einfache, geniale Idee wie der Freiwirtschaft groß schreiben?! Oder könnten sie einen dicken Wälzer über das RAD zu Papier bringen?

Abgerundet wird dieses tolle Einsteigerbuch (ideal auch als Geschenk) mit dem obligatorischen Hinweis auf das eigene Aktivwerden und die Verweise auf die freiwirtschaftlich tätigen Organisationen.

Und danke, Detlef Quart, endlich muss ich kein schlechtes Gewissen mehr haben, wenn mein Nachbar schon Rasen mäht, während ich noch „faul“ auf der Terrasse liege...

Gelesen von Peter Zimmermann – nwo- dresden.de



Copyright: 2006 Detlef Quart

Grafiken: Detlef Quart

Illustrationen und Umschlag: Matthias Weher

Herstellung: Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISBN 3-8334-4947-0

Umfang: 180 Seiten - Preis: 16,- Euro incl. Versand

Bezug über:

ALTERNATIVEN, 31079 Eberholzen, Gänseberg 11,
alternative-dritter-weg@t-online.de

Mehr Infos: www.detlef-ouart.de / detlef.ouart@web.de

Die Dominanz des Englischen ist kein Zufall, sondern eine gezielte Beeinflussung zum Vorteil der englisch sprechenden Länder, denn mit Englisch als Muttersprache ist dieser Teil der Welt allen anderen Nationen überlegen. Die Kosten der internationalen Verständigung lasten einseitig auf den Schultern der nicht Englisch sprechenden Länder und ist für sie eine wirtschaftliche Benachteiligung. Mit der internationalen Sprache **Ido, die zehnmal leichter zu erlernen ist als Englisch, bestände Chancengleichheit mit anderen Sprachen. **Unterstützen und Lernen Sie Ido!** Weitere Informationen gegen 0,55 c. in Briefmarken. Kurzkurs 2,50. **Deutsche Ido-Gesellschaft e.V.**
37284 Waldkappel-Burghofen, Thüringer Str. 3 –
Tel: 05656/634 Fax: 05656/1812 alfred.neussner@ido.li
www.idolinguo.de**

Impressum: ALTERNATIVEN– Zeitschrift für Liberalsoziale Ordnung – LSO – vertritt die Freiheitsziele des Liberalismus/Anarchismus und die Gerechtigkeitsziele der Weltreligionen, des Humanismus und Sozialismus. Hrsg.: Bürgerinitiative A3W-ALTERNATIVE DRITTER WEG und Liberalsoziale der GRÜNEN. Abo im A3W-Beitrag incl., sonst Regelbetrag 25 E. Frei-Abo und Frei-Mitgliedschaft möglich, auch geringere Beträge. Zusätzliche Spenden steigern unsere Arbeit. 4mal mind, 16 Seiten i. J.. Konto: Georg. Otto - Postb. Hann. Nr. 25 00 42-303 BLZ: 250 100 30 – Red: G. Otto, 31079 Eberholzen, Gänseberg 11, T.: 05065/8132 - alternative-dritter-weg@t-online.de -www.alternativen.biz.- Graphiken/ Fotos i.d.Regel Helmut Creutz/G. Otto – Druck J. Lühmann, 31167 Bockenem, Marktstr. 3 – Mail: druck@luehmann.com

Wichtige Mitteilungen: Zeitschrift und Bürgerinitiative stehen und fallen mit der Treue der Anhänger und mit deren Werbeaktivitäten steigt unsere Ausdehnung. Damit ist jede/r der EmpfängerInnen angesprochen. Eine Reihe LeserInnen und Mitglieder sind mit Zahlungen für 2006 und 2007 noch im Minus, teils für 2005 und frühere Jahre. **Vorstand von A3W und Redaktion bitten dies jetzt nachzuholen und für 2007 gleich mit zu überweisen.**

Wer bisher kostenlose Werbesendungen erhielt, wird ersucht ab 2007 zahlende/r Leser/in zu werden. Jede/r zahlt im Grunde was sie/er unter Wertschätzung der Zeitschrift und ihrer Ziele und der jeweiligen Finanzlage kann und legt das selbst fest. Diese äußerst liberale Abo- und Beitragsordnung ermöglicht auch denen Abo und Mitgliedschaft, die schon viele Gruppen unterstützen und verdient auch Ihr Vertrauen. **Aber: Wir können Interessenten nicht jahrelang kostenlos beliefern!**

Der Kassierer von A3W, **Michael Krenz, 02943 Weißwasser, Straße der Einheit 21**, hat die Arbeit aufgenommen. Das neue Konto für Zeitung und A3W- Beitrag lautet: A3W-Alternative Dritter Weg Konto Nr. 31 000 12371 Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien, abgekürzt SpK-ON - BLZ: 850 501 00. Wir bitten um vollständige Absenderangaben. Was noch auf dem alten Konto eingeht, wird an den Kassierer weiter geleitet. **Daueraufträge bitte ab 2007 umschreiben.**

Termine: Termine in Südniedersachsen: Hannover ab 3. 9. – Goslar am 6. 9. – Göttingen am 11. 9., Hildesheim ab 27. 9. – Salzgitter am 1. 10. liegen als Extra-Info zw. Seite 2 u. 3 der PLZ-Gebiete 30, 31, 37, 38 bei.

Silvio Gesell Tagesstätte Wuppertal: Vom 7. – 11. 9. Jugendcamp der INWO mit Prof. B. Senf, Fritz Andres, Leitung Tanja Ratgeber - Kontakt: 0721-9431437, www.inwo.de/jugendcamp

Jena: 27. und 28. 9. Fritz Andres referiert: „Klimaprobleme und Umgang mit globalen Ressourcen“ und: „Macht wirtschaftlicher Wettbewerb die Menschen zu Feinden“? Je 19.30 Melancthonhaus, Hornstr. 4 Kontakte: Karin und Rainer Hanemann. 03641/602700 – Mail: jak-zg@gmx.de

Darmstadt, 6. –7. 10. 1. Lebensreformtage im Justus Liebig Haus, Große Bachgasse 2, u. a. mit Prof. B. Senf, initiiert von Henry Nold – Kontakte: Leslie Frotcher 06151-9181 724 www.frida-rm.de

GGB – Gesellschaft für Gesundheitsberatung: Tagung: 19. – 21. 10. Stadthalle Lahnstein „Von Sonne Licht und Menschlichkeit“ Programm: GGB-Max Bruker Str. 3 – 56112 Lahnstein, T: 02621/91 70 14

Termine von Jochen Tittel, Talstr. 70, 09276 Niederbobritsch – JochenTittel@aol.com. Unterstützt solidarisch unseren Nachwuchsredner durch rechtzeitige Anmeldung bei den VHS – spätestens 1 Woche vorher – leider gegen Gebühren. - Auskunft vom Referenten. Für Chemnitz vorl. beim Referenten melden

Chemnitz 1. 11.: VHS im TIETZ, 19 Uhr: Wann und wozu wurde das Geld erfunden?

Leipzig, 20. 9. – 25. 10. – 29. 11. VHS, Löhrrstr. – je 19 Uhr: 1. Erfindung des Geldes, 2. Die Rolle des Geldes in der röm. Geschichte, 3. Rolle des Geldes in der Geschichte Europas und der USA Kursnummern: 1. 07H (W11521Z) 2. 07H (W11523Z) 3. 07H (W11525Z) Anmeldung VHS L. Tel.: 0341/123 6029. Rückmeldung beim Referenten wäre günstig.

Künstlerische und pol. Freizeiten u.a. mit Papier-Holz-Metallarbeiten für Erwachsene, Jugendliche, Kinder (Familien) führt Roland Steckel in Deesbach/Südthüringen im Herbst und Winter bei niedrigen Kosten durch: Auskunft: R. Steckel, Baumweg 8, 04220 Markranstädt, T. 0179-51 777 18

Bücher, Beitritt zur Bürgerinitiative A3W, Abo von ALTERNATIVEN diesmal formlos über Adresse: 31079 Eberholzen, Gänseberg 11 oder Mail vornehmen: alternative-dritter-weg@t-online.de